

Bezugspreis:
Einzelheft 10.- M., monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M., halbjährlich 180.- M., jährlich 360.- M. (einschl. Postgebühren).
Für den Auslandsendpreis sind die Kosten der internationalen Fernschreibverbindungen zu berücksichtigen.
Der „Morgen“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Gedanken und Meinungen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Morgen

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15153-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 20. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die abendliche Anzeigenzeitung kostet 1,50 M. „Morgen-Ausgabe“ das feinstgedruckte Blatt 1,20 M. (je 1000 Zeichen).
Für den Auslandsendpreis sind die Kosten der internationalen Fernschreibverbindungen zu berücksichtigen.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Schlußzeit 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Verstimmung in London.

Paris, 19. Juli. (W.B.) Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“, der über die starke Verstimmung berichtet, welche die französische Note im Foreign Office (britischen auswärtigen Amt) hervorgerufen hat, teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchten, um sich eine Rechtfertigung für die Befreiung des Ruhrgebiets und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von allen kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen!

Paris, 19. Juli. (W.B.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen französischen Insanteriedivision zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kabinettsitzung entschieden werden würde. Man erfährt indessen, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärken werde, gleichgültig, ob zu gleicher Zeit die englischen und italienischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.

London, 19. Juli. (E.E.) Die „Morningpost“ erzählt aus autorisierter Quelle, daß die englische Regierung den gegenwärtigen Augenblick geeignet halte, eine Sitzung des Obersten Rates einzuberufen, der die Berichte der Oberkommissare der Alliierten zu prüfen und das Vorschlagsgebiet zuzustimmen hätte. Der letzte Vorschlag Brando, der einer Verlegung des Obersten Rates ins Endlose gleichkomme, habe die englischen Kreise enttäuscht.

Gewalttaten in Oberschlesien.

Krappitz, 19. Juli. (D.N.) In Krappitz a. d. Oder, auf der Bahnstrecke zwischen Gogolin und Klein-Strehlitz, hielten Franzosen, offenbar wegen der falschen Nachricht, daß General Grauert dort beschossen worden sei, von Sonnabend ab bis Montag früh Waffendurchsuchungen bei den Deutschen ab, bei denen sie außerordentlich rigores vorkamen. Als am Abend der praktische Arzt Dr. Kroll in Kenntnis des Befehls, daß um 9 Uhr kein Zivilist mehr auf der Straße sein dürfe, von einem Landbesuch nach Hause zurückkehrte, wurde er von französischen Posten angehalten und mit Knütteln auf den Boden geschlagen.

so daß er 3 bis 4 Minuten regungslos liegen blieb. Auch der Postwachmeister wurde schwer mißhandelt und beide weggeschleppt. Dem Bürgermeister gegenüber, der sich um die Freilassung der Verhafteten bemühte, äußerte sich der französische Offizier in zynischer Weise. Die beiden Verhafteten waren die ganze Nacht über im Freien an einen Pfahl gebunden.

Im Freien an einen Pfahl gebunden, obwohl Dr. Kroll heftig aus einer Kopfwunde blutete. Am anderen Morgen schaffte man beide nach Oppeln, wo es endlich dem Einschießen eines englischen Offiziers gelang, sie zu befreien. Des Bombardements in der Umgebung von Krappitz, das Dr. Kroll sehr achtet, hat sich die größte Erregung bemächtigt.

Von allen Seiten vernimmt man von provokatorischem Auftreten der Franzosen, von Schikanierung und Mißhandlung der Deutschen durch französische Waffensachkommandos. Die Majoratsverwaltung der Graf Haugwitzschen Güter bei Krappitz hat der IA. am 18. Juli eine Beschwerdeschrift über das Verhalten der auf dem Gute einquartierten Franzosen überreicht. Die beigefügten Aussagen des Gutspersonals beweisen die hemmungslose Annäherung der Franzosen. Stehlen, Mißhandeln, Drohen mit Erschießen, Verwüstung der Bäume und Räume sind an der Tagesordnung.

Der deutsche Führer in Oberschlesien H. u. g. g., bekannt als Mitarbeiter des deutschen Plebiszitätskommissars Urbanek, wurde ohne irgend ein Verbachtmoment plötzlich verhaftet und nach Beuthen geschleppt. Am nächsten Morgen wurde er ohne Entschuldigung aus der Haft entlassen. Der Ort Lenka wurde nachts um 2 1/2 Uhr von einem großen Aufgebot französischer Truppen umstellt. Man drang in sämtliche Häuser ein, öffnete Türen und Schränke mit Messern und Nachschlüssel und durchsuchte den Ort nach Waffen ohne jedes Resultat.

In Kohnitz während des Aufstandes als Geiseln verhaftete deutsche Reichsangehörige wurden nun gegen Lösegeld aus der Haft entlassen, das dem „Polnischen Roten Kreuz, Provinz Schlesien“, überwiesen wurde.

Die „Oberschlesische Rundschau“ weist in ihrer gestrigen Ausgabe mehr weiße als schwarze Flecken auf. Die ober-schlesische Presse hatte nicht die Möglichkeit, zur Rote Brando Stellung zu nehmen. Auch die Erklärungen des französischen Botschafters gegenüber dem deutschen Außenminister, ja selbst ein Teil der französischen Note fielen der französischen Presse zum Opfer.

Oppeln, 19. Juli. (W.B.) General de Marini, der Vertreter Italiens in der IA., ist am Montag abend nach Rom abgereist.

Warschau, 19. Juli. (E.E.) Zeitungsmeldungen zufolge wird hier der Besuch des Marichalls J. e. h. für Anfang August erwartet.

Brando's Verhaftungspunkte.

Katibor, 19. Juli. (D.N.) In der letzten französischen Note ist u. a. die Rede von einem deutschen Angriff auf den Adjutanten des hiesigen Kreisverwalters, der sich zum Schutz seines Lebens in seinem Hotelzimmer hatte verbarrikadieren müssen. Es handelt sich dabei um den französischen Leutnant Vibaut, der durch ausgesprochene Polenfreundlichkeit und Gehässigkeit gegen die deutsche Bevölkerung während des Aufstandes diese bis aufs Blut gereizt hat. Leutnant Vibaut lebt mit seiner polnischen Geliebten zusammen, die ihn unablässig gegen Deutsche aufhetzt. Der Angriff geschah nicht etwa von deutschen Einwohnern, sondern von Flüchtlingen, die von Vibaut aufs schwerste drangsalieren worden waren. Befohlene Ortsbewohner beschuldigten mit Erfolg die aufstrebenden Flüchtlinge. Die Verbarrikadierung der Tür wurde durch die erwähnte Polin vorgenommen. Angesichts dieser Vorfälle wurde Leutnant Vibaut verhaftet.

Rosenberg, 19. Juli. (D.N.) Im Kreise Rosenberg dauern die Kämpfe zwischen der Ipo und polnischen Banden ununterbrochen an. In den letzten Nächten haben die kämpfenden Teile einander regelrechte Feuergefechte geliefert.

Trotsky's neue Taktik.

Bombardement auf Moskau.

Halbstündige Redezeit. — Vergewaltigung der Revolution.
In der Moskauer Taktik-Debatte wurde beschlossen, den Vertretern der kommunistischen Arbeiterpartei eine nur halbstündige Redezeit zu gewähren. Die Delegierten der einzig wahrhaft revolutionären Partei verzichteten daraufhin auf das Wort und verließen entrüstet den Kongreß. Und jetzt erteilt die „Komm. Arbeiter-Zeitung“ den Moskauer Opportunisten und Sozialverrättern folgende Diktung:

Was tat die Exekutive der 3. Internationale?
Sie traf die Entscheidung, bevor die Frage der KPD. aufge-
rollt werden konnte vor den Delegierten aller Länder.
Sie stellte überraschend diese Frage an den Anfang des Kon-
gresses.

Sie billigte eine halbe Stunde Redezeit zu.
In einer halben Stunde sollte die Frage zweijähriger revolutionä-
rer Kämpfe entschieden werden.

Entschieden worden vor Hunderten von Delegierten, die wenig
oder gar nicht um die Sache wußten.

Man wollte eben die Vergewaltigung der Revolution.

Unter der demagogischen Maske: die KPD. kann noch später
zu allen Fragen sprechen, erbat und erhielt man von seinen oder
unwissenden Delegierten die Vorwegnahme einer Ent-
scheidung, die nur nach tiefergehender Begründung gefällt werden
konnte.

Die Delegierten der KPD. haben die richtige Antwort gegeben.
Sie haben es abgelehnt, durch Beteiligung an einer Farce sich
mühsam zu machen an einer Täuschung des internationalen Pro-
letariats.

Erst war es die SPD., dann die USP., jetzt ist es die
Dritte Internationale, die „die Revolution vergewaltigt“. Wer
ist jetzt an der Reihe? Offenbar die KPD., wenn sich
irgendwo ein noch radikaleres Fraktionchen auftut.

Trotsky, 19. Juli. (D.N.) Auf dem Kongreß der kommunistischen
Jugend-Internationale bezeichnete Trotsky in seiner Rede die gegen-
wärtige Zeitperiode als Übergangsperiode der Revolution. Wenn
das Proletariat nicht den Sieg davontrage, werde der Zusammen-
bruch der Kultur die Folge sein. Man müsse den Sturz der Bour-
geoisie nicht mechanisch nach einer Schablone herbeiführen wollen,
sondern mit klügel Ueberlegung und Ausdauer. Es gehe nicht
an, die Massen durch einen kleinen Vortrupp erobern zu wollen,
wie es die KPD. wolle. Trotsky erklärte, von einer Rechtschwen-
kung der kommunistischen Internationale könne nur dann die Rede
sein, wenn man die Forderung einer sofortigen Offensive für links-
radikal halte. Es sei irrig, zu behaupten, die russischen Kommunisten
hätten durch Anknüpfung von Beziehungen mit Westeuropa eine
Schwenkung nach rechts gemacht. Für Sowjetrußland sei nach wie
vor der Ausbruch einer Revolution in Deutschland und Frankreich
wichtiger als der bescheidenste Außenhandel.

Prozesse um russisches Gut.

Während die Sowjetregierung mit ihrem Anspruch auf ihre in
London beschlagnahmten Werte in allen Instanzen Recht bekommen
hat, scheint es in Frankreich — natürlich! — anders zu gehen. Das
Handelsgericht in Marseille hatte auf Antrag der früheren Inhaber
einer jetzt nationalisierten russischen Seidenfabrik etwa 300 Ballen
Seide im Werte von 1 Mill. Francs mit Beschlagnahme belegt. Die Seide
war aus Komoroff eingetroffen und führte den alten Firmen-
stempel; sie war von einer neugegründeten französisch-russischen Han-
delsgesellschaft bei den Sowjetbehörden in Rußland gekauft wor-
den und sollte in Frankreich weiterverkauft werden. Die Inhaber
der Seidenfabrik haben in Paris gegen die Handelsgesellschaft ein
Verfahren wegen des Eigentumsrechtes angestrengt, und das fran-
zösische Gericht hat durch einen vorläufigen Beschluß die Beschlagnahme
der Ware bestätigt.

Teures Brot.

Ein vernünftiger Brotpreis und erträgliche Mieten sind
die letzten Stützen der deutschen Volkswirtschaft. Hinter ihrer
Zerstörung lauert das Unheil, das Verbrechen und die all-
gemeine Vernichtung. Das sind so selbstverständliche Tat-
sachen, daß man bis vor kurzem meinen mußte, es würde
keinem vernünftigen Menschen einfallen, an der einen oder
der anderen dieser beiden letzten Stützen zu rühren. Dennoch
ist es möglich geworden, daß im Reichstage vor einigen
Wochen sämtliche bürgerlichen Parteien einer
nur schlecht verhängelten Aufhebung der Getreidezwangswirt-
schaft zustimmten. Demnach haben wir deswegen in
Deutschland zwei Brotpreise, den Zwangspreis für
das Brot, das auf Karten geliefert wird und den durch den
freien Handel gebildeten Preis für marktfreies Brot. Wenn
dabei im besonderen die Gewerkschaften nicht für eine kräf-
tige öffentliche Kontrolle sorgen, dann wird der Prolet
minderwertiges Markenbrot bekommen, und wenn er satt
werden will, wird er sich anständiges Brot zum „freien
Handelspreis“ kaufen müssen. Wenn uns die Regierung
versichert, daß das nun halb teurere Kartenbrot erschlaffig sein
werde, so ist das vorläufig nur eine billige Versprechung,
denn die Bestimmungen über die zukünftige Ummahlung des
Getreides sind noch nicht erlassen. Die Reichsgetreidekasse läßt
sogar schon durchblicken, daß sie bei der Ummahlung für das
Markenbrot noch einige Erwägungen anzustellen hat, die
der Qualität des Brotes nicht zuträglich sein werden.

Der erfolgreichen Zerstörung der Getreidewirtschaft
durch sämtliche bürgerliche Parteien des Reichstages folgte
der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichs-
wirtschaftsrates in der gleich verderblichen
Richtung. Er stimmte für die Erhöhung des Ge-
treidepreises, die die Regierung anzulegen hat. Sie
soll die 2,5 Millionen Tonnen Getreide, die sie im Umlage-
verfahren aus der deutschen Landwirtschaft heranschafft, um
die Grundlage der Brotversorgung sicherzustellen, zu einem
dem Weltmarktwerte angemessenen Preise kaufen. Alle
diesem Beschluß entgegengehaltenen Bedenken sind nieder-
gestimmt worden. Man hat sich damit begnügt, die Reichs-
regierung aufzufordern, denjenigen Schichten des Volkes zu
helfen, die den in die Höhe schnellen Brotpreis nicht er-
tragen können.

Um die Katastrophe zu vervollständigen, will die Regie-
rung nunmehr die bisher für Verbilligung des von ihr ein-
geführten Auslandsgetreides verbrauchten Summen in Zu-
kunft ganz wesentlich herabsetzen, ohne sich ernst-
haft um Produktionssteigerung zu kümmern. Es ist wohl die
Sehnsucht des Herrn Hermes nach der freien Getreidewirt-
schaft, die auf diesem Wege Deutschland in größtes Elend
zu treiben droht. Wir haben — ebenso wie Frankreich, Eng-
land und andere Länder — noch von der Kriegszeit her den
sogenannten politischen Brotpreis. Bald nach
Ausbruch des Krieges stellte die kaiserliche Regierung ver-
wundert fest, daß die deutsche Landwirtschaft allein zu
ernähren nicht in der Lage sei. Die Sozialdemokratie hatte
zwar schon Jahrhunderte lang betont, daß die wahllos in die
Höhe getriebenen Schrupps das Brot verteuerten, ohne
Deutschland vom Ausland in seiner Grundnahrung unab-
hängig zu machen. Da aber die Agrarier immer das Gegen-
teil behaupteten, bestand selbstverständlich kein Grund, auf die
Sozialdemokratie zu hören. Die Regierung ging nach allzu
langem Zaudern und mit Angst im Herzen an die Regelung
der Getreidewirtschaft, sie begann den politischen Brotpreis
einzuführen.

Es bleibt eine große Leistung aller Beteiligten, daß auch
während des Zusammenbruches die Brotversorgung im großen
und ganzen gehalten werden konnte. Das war aber auf die
Dauer nur möglich, weil die Regierung der Republik zu
diesem Zweck alljährlich viele Milliarden ausgab. Im Jahre
1920/21 wurden für die Verbilligung der notwendigen Ge-
treideeinfuhren durch die Regierung rund zehntausend Mil-
lionen Mark verwendet. Jetzt plötzlich will sie dieses System
ebenfalls abbauen. Es ist, als ob Pflanzen, die bisher im
Glashaus gediehen, mitten im Winter ins Freie ausgelegt
würden.

Die Niedrighaltung des Brotpreises aus allgemeinen
Staatsmitteln ist nichts Neues. Schon in der Bibel kann man
davon lesen. Dort, wo der einzelne nicht mehr mitsamt, muß
das ganze helfen. Will die Regierung, daß der einzelne
sich jetzt selbst helfen soll, wenn ihm das Brot zu
teuer wird? Nehmen wir an, die zwei Brotpreise existieren,
der Großgrundbesitzer erhält die ungeheuerlichen neu be-
schlossenen Preise und die Regierung hilft nur noch in ge-
ringem Maße das notwendige einzuführende Auslandsgetreide
zu verbilligen. Was tritt dann ein? Der Landarbeiter
hat schon lange eine Lohnaufbesserung notwendig, er wird
darum kämpfen, daß der Grundbesitzer ihm einen Teil seiner
Gewinne abgibt. Der Bäcker wird bei dem Jonglieren
mit dem doppelten Brotpreis so viel verdienen, daß er es
seinen Gefallen nicht verheimlichen kann, sie werden mit Fug
und Recht Ansprüche erheben. Und was tut dann der Kon-

fument, der das alles tragen soll? Der Arbeiter, der Beamte, die Angehörigen des kleinen Mittelstandes, sie können diese Mehrausgaben nicht leisten. Eine fünfköpfige Familie soll in Zukunft im Jahre nur beim Martenbrot 520 Mark mehr zahlen als jetzt! Dem Arbeiter wird nichts anderes übrig bleiben, als mit allen Mitteln, die ihm seine Organisation in die Hand gibt, den Lohn in die Höhe zu treiben. Und wenn die kommenden Steuererhöhungen nicht ernsthaft die Gewinne an der Quelle fassen, dann wird mit der sich fortsetzenden Entwertung des Geldes für ihn der Kampf noch notwendiger werden. Der Arbeiter wird dem Arbeiter langsam nachrücken; hier muß der Staat die Mehrleistungen für das teurer werdende Brot ausbringen. Die breite Schicht des Mittelstandes wird hungernd diesem Kampfe zusehen müssen und, ganz gleich wie er ausfällt, jämmerlicher weiter darben als jemals vorher. Was sich aus dieser tausendfachen Unterbindung des Blutkreislaufes der deutschen Wirtschaft ergibt, braucht vernünftigen Menschen nicht erläutert zu werden.

Der doppelte Getreidepreis, die wilde Erhöhung des amtlichen Einkaufspreises für Brotgetreide, die hastige Verminderung der Staatskredite für den Einkauf von Auslandsgetreide — das zusammen ist der Weg einer wahren Verheerung der Volkswirtschaft, es ist die Verhinderung des Gesundungsprozesses Deutschlands. Es gibt nur eine Möglichkeit, eine Katastrophe zu verhüten, das ist, beim politischen Brotpreis zu bleiben. Faßt das Reich jetzt bei den Sach- und Geldwerten zu, beteiligt es sich an den großen Gewinnen der Hauptindustrien und nicht zuletzt, führt es die schon bestehenden Steuergesetze ernsthaft durch, dann wird es auch im neuen Getreidewirtschaftsjahr verhindern können, daß sich alle Schichten des Volkes vom Großgrundbesitzer bis zum Bäckergehilfen und vom Fabrikbesitzer bis zum Metallarbeiter im Kampfe um die Abwälzung des steigenden Brotpreises gegenfeils zermürben.

Es wird auch jetzt wieder Leute geben, die meinen, es könne für das Weiterreiben der Revolution nichts Besseres geschehen, als daß die Brotpreise möglichst hochschnellen. Wir sind anderer Meinung. Wo der Hunger regiert, gedeiht kein Sozialismus. Hinter jenem steht die aus frantem Hirn geborene Revolte, aber nicht die Kraft der sinnvollen sozialen Umwälzung des Staates. Hinter dem teuren Brot kommen Tophus und Tuberkulose, Rückgang der Arbeitsleistung, fortgesetzte Erschütterungen des Gesellschaftskörpers, Verfall der Volkswirtschaft, aber keine Kraft zur Umgestaltung und zum Aufbau.

Kurzum haben noch die berufenen Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaften, das Wort. Wir hoffen und wünschen, daß es ihnen gelingen möge, dem arbeitenden Volke neues Glend zu ersparen. Ihre Aufgabe wird es sein, wenn nötig, die politische Macht der breiten Massen in Deutschland zu Hilfe zu rufen.

Berlin, 19. April. (M.F.B.) Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums und Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling (etwa 800 Millionen Mark) in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigen Brotgetreideeinkäufe von Uebersee die Verschiffer auf die Bankengruppe Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen.

Vorverhandlungen über den deutsch-nordamerikanischen Friedensvertrag sind zwischen dem U.S.A.-Kommissar Drevel und dem Außenminister Dr. Rosen eingeleitet worden. Es werden deutsche Vorschläge erwartet, über die jetzt im auswärtigen Amt beraten wird.

Polizeiliche Gefährdung der Kunst.

Der Verlag Gurlitt hat eine Sammlung künstlerischer Platten herausgebracht, die den Namen „Der Venuswagen“ führen und an deren Ausführung Künstler wie Louis Corinth, Otto Schott, A. Santur, G. W. Kühner, Franz Christoph, Willi Jäckel, Willi Geiger, Jille u. a. mitgewirkt haben. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen Gurlitt Strafantrag wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften erhoben, und zwar stützt sie sich lediglich auf ein Gutachten des genügend bekannten Professors Brunner. Dieser empfindet bei einigen Platten den Text, bei anderen die Illustrationen (von Corinth, Santur, Christoph, Jäckel, Geiger, Jille) als „unzüchtig“, „lasciv“, „schamverleend“ usw. und erblickt in der Edition dieser Platten „eine Schande ohne Gleichen für den deutschen Buchhandel“.

Die beklagte Firma hat nun ihrerseits eine Reihe Gutachten von wirklichen Kunstkenner — Karl Hauptmann, Max Osborn, Alfred Kerr, Redlob u. a. — eingeholt und es genügt, die Urteile dieser Männer den Gefühlsergüssen des Herrn Brunner gegenüberzustellen. Kerr sagt seine Ansicht in dem Satz zusammen: „Es ist infam, daß man für die Widerlegung so bedeutender Irrtümer auch nur zwei Zeilen verwenden muß.“ Redlob schreibt: „Es hat sich ergeben, daß die Meinung vor der schöpferischen Produktion ersichtlich im Wachen ist. Wenn sie seitens untergeordneter Organe verlegt wird, so wird dies Veranlassung geben, endlich einmal den Gedanken der Reinheit des schöpferischen Willens auch den Beschlagnahmegerichten gegenüber festzustellen. Gerade die Bedeutung Corinths ist während der letzten Jahre in Deutschland so allgemein zur Anerkennung gekommen, daß mit einer starken Empörung über die Beschlagnahme zu rechnen ist.“

Interessant wäre es zu erfahren, ob dieser Professor Brunner noch immer in amtlicher Eigenschaft am Berliner Polizeipräsidium beschäftigt ist. Und wenn ja: wie lange diese Beschäftigung noch dauern soll. Nachdem die „untergeordneten Organe“ unserer Polizei sich jüngst auch in Sachen der Arbeiter-Kunst-Ausstellung eine so hübsche Blamage zugezogen haben, dürfte es wirklich bringende Zeit sein, daß die übergeordneten Organe einmal nach dem Rechten sehen und gründliche Musterung halten. Daß ausgerechnet das Berliner Polizeipräsidium sich als eine Pflanzstätte des Wilhelmischen Geistes erhalten und weiterentwickeln soll, ist ein Zustand, der nicht länger erträglich erscheint.

Neue Ausflüchte für kommende „Große Zellen“. Der amerikanische General Fries hat in der Kriegsakademie in Washington einen Vortrag über die „Chemische Kriegführung und ihre Wirkungen auf Strategie und Taktik“ gehalten. Die Einzelheiten, die Fries brachte, sind so ungeheuerlich, daß man sich einmal hineinversetzen muß. Er erklärte: „Die Marine wird Gas sowohl in

Verbrechen: Gefinnung.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat kürzlich den Gemossen Hörsting, den Oberpräsidenten von Sachsen, einen „Handlanger der Reaktion“ gescholten, weil er zwei Amtsvorsteher, von denen der eine parteilos, der andere Unabhängiger gewesen sei, von ihren Posten entfernt hätte. Man darf annehmen, daß Hörsting diese Maßnahmen nicht verfügt oder zugelassen hätte, wenn nicht ernste sachliche Gründe dazu vorhanden gewesen wären. Denn die Absicht, der Reaktion günstig zu sein, kann ihm vernünftigerweise nicht untergeschoben werden. Nun aber wird das Borgehen Hörstings vom Ministerium des Innern in einer Weise verteidigt, daß man sich die Haare raufen und an den Wänden hinauflaufen möchte. Da liest man:

Nach den vom preussischen Ministerium des Innern angeordneten Ermittlungen hat sich, wie die P.M. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, Amtsvorsteher Wintler öffentlich zur Kommunistischen Partei bekannt, während gegen Amtsvorsteher Kramer auf Grund seines bisherigen Verhaltens begründeter Verdacht besteht, daß auch er Kommunist sei. Gegen beide ist deshalb das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden. Eine Vertretung der beiden vom Amt vorläufig entbundenen Amtsvorsteher durch ihre gesetzlichen Stellvertreter kam nicht in Frage, weil diese selber wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ihres Amtes vorläufig entbunden werden mußten.

Ein Disziplinarverfahren wegen Verdachts einer anrüchigen Gefinnung ist dem Wesen des königlich preussischen Polizeistaats angemessen, für das neue Deutschland aber ist es eine Schande. Die Republik muß von ihren Dienern allerdings verlangen, daß sie ihr ehrlich dienen, aber sie darf sie nur nach ihren Handlungen beurteilen. Ganz abgesehen davon, daß noch nie ein Beamter wegen des „Verdachts“ deutschnationaler Gefinnung diszipliniert worden ist — wir wünschen das nicht —, wohin soll es führen, wenn die Lieberzeugung, die ein Beamter hat, zum Gegenstand eines Verfahrens gemacht wird. Wir wollen eine von wahrhaft demokratischem Geist erfüllte Verwaltung und keinen neuen Dominikanerorden zur Bekämpfung der politischen Regerei.

Papiergeld anstatt Gefinnung.

Gänzlich unbeachtet ist geblieben, daß kürzlich der preussische Justizminister Am Jahnhoff bei Beratung seines Staatsmittels, er habe beim Reichsjustizministerium einen Gesetzentwurf über Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen beantragt. Jetzt meldet die M. aus München, daß nach einer Mitteilung des bayerischen Justizministeriums im Reichsjustizministerium der Gesetzentwurf über die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen ausgearbeitet wird. Es soll künftig ein Tag Freiheitsstrafe mit 150 M. Geldstrafe gleichgesetzt werden (bisher 15 M.). Die Vorlage wird schon in aller nächster Zeit erscheinen und die neuen Bestimmungen sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Diese Maßnahme ist unvollständig. Der preussische Justizminister wünschte, daß alle Strafen bis zu einem Monat Gefängnis mit Geldstrafe ablosbar gemacht werden sollten, wenn der Richter entsprechend entscheidet.

Ein Monat Gefängnis gleich 4500 M. Geldstrafe! Die armen Schlucker werden bei den Gefängnispreisen weiter eingesperrt werden, die Wohlhabenden werden sich die Freiheitsstrafe mit vierundneinhalb Tausendern ersparen können.

Neue Waffensunde in Frankfurt a. M. Unter den aufgefundenen Gewehren und Munitionsvorräten im Keller des Wähler-Realgymnasiums wurden gestern vormittag weitere 500 Gewehre, eine Menge Munition und andere Waffen in einer Kellerräumlichkeit an der Dandewiese festgelegt und eingezogen. Der Wert und sein Sohn sind verhaftet worden. Es sollen weitere Verhaftungen bevorstehen. Die Gewehre stammen aus Bayern.

Ihren Geschützen als auch in Rauchwolken wie in irgendeiner Kriesschwimmer Flakeln verwenden. Der Giftqualm, der in genügender Konzentration tödlich ist, hat in kleinen Mengen eine außerordentliche Reizwirkung. Ein Gas, das in das Lüftungssystem eines Schiffes hineingelangt, wird daselbst ganz und gar durchdrungen. Die giftigen Gase können von Flugzeugen abgeworfen oder von Unterseebooten unter Wasser abgelassen werden. In beiden Fällen werden sie weite Gebiete vergasen, durch welche Schiffe hindurch müssen. Welcher Phosphor, der brennt und weder noch noch trocken gelöst werden kann, wird auf die Schiffe niedergelassen. Wir werden giftige Gase, Phosphor und starkes Tränengas verwenden. Da wir Gase sowohl in flüssiger als auch in fester Form wählen können, solche, die nur reizen, oder solche, die hochgradig giftig sind, die sichtbar oder unsichtbar sind, die tauglich liegen bleiben oder mit dem Wind verwehen, so läßt das Gas sich jeder Waffengattung und jeder Art Kriegshandlung anpassen. Aber man muß es planmäßig verwenden, eingedenk dessen, daß es im Kriege keinen Mittelweg, sondern nur Leben oder Tod gibt. Vergessen Sie nie, daß wir in einem großen Kriege schneller 5 Millionen Mann ausheben und ausbilden als ausrücken können, es sei denn, daß wir mit der gehörigen Voraussicht unsere lebensnotwendigen Industrien aufbauen, unsere Reservestände auf der Höhe halten und vor allem solche vollkommenen Pläne vorbereiten, daß wir alle Friedensränder im Augenblick in Kriegsschwinge umstellen können.

Wie war es doch? Trat nicht Amerika in den Weltkrieg ein, um gemeinsam mit der Entente den Militarismus endgültig auszurotten?

Die Nationalisierung des russischen Kunstbesitzes. Aus Moskau ist wiederholt gemeldet worden, die Räteregierung bereite die Nationalisierung aller in Privatbesitz befindlichen Kunstwerke vor. Wie Paul Ettlinger, ein in Moskau selbst lebender Kunstforscher jetzt im „Cicerone“ berichtet, ist von einer allgemeinen Nationalisierung abgesehen worden. Nur die großen Moskauer Privatsammlungen wurden zum Staatseigentum erklärt und dabei jede Kunstausfuhr streng verboten. Die kleineren Sammlungen dagegen wurden ihrem Besitzer belassen, doch wurden sie zwangsweise in dem Moskauer „Hauptamt für Museumsangelegenheiten und zum Schutz der Kunst, Altertümer und Naturdenkmäler“ realisiert, wie überhaupt jeder künstlerische Privatbesitz. In der Praxis läßt sich das natürlich schwer durchführen, und diese Bestimmung wird daher nicht allzu streng genommen. Die Oberleitung des weltverbreiteten Moskauer Hauptamtes hat die Gattin Trochis. Schwerer als der Moskauer Kunstbesitz ließ sich der der weiten russischen Provinzen sichern. Ehe die Filialen für provisorischen Denkmalschutz, jetzt 70, eingerichtet wurden, ging da natürlich vieles zugrunde oder kam fort.

Vom Geschmack der Eier. Sowohl die Farbe der Eierschalen und des Dotters wie auch der Geschmack der Eier hängen in der Regel sehr von der Fütterung der Hühner ab. Momentlich die Farben des Dotters können durch das Futter wesentlich beeinflusst werden, indem z. B. Klee- und Grasfutter lebhaft hellgelbe, Maisfutter dunkelgelbe, Insekten, Würmer sowie Spinat rötliche und Ralkäfer als Futter bräunliche Eidotter erzeugen. Doch auch der Geschmack, so selbst der Geruch der Eier hängt oft mit der Fütterung der Hühner zusammen. In einer amerikanischen Versuchsanstalt hat man kürzlich hierauf bezügliche Untersuchungen vorgenommen und dabei

Die Berliner Wahlen.

Wahl gegen Bruderkampf

In der „Kommunalen Praxis“ veröffentlicht Gen. Viktor Noack einen Aufsatz: „Berliner Stadtverordnetenwahlen, politische Wahlen“, worin er über eine Unterredung mit dem bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wegl folgendes berichtet:

Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, Dr. Wegl zu bitten, sich über seinen persönlichen Standpunkt in der die gesamte Arbeiterklasse jetzt so stark bewegenden Frage der Einigung zu äußern. Seine Antwort ging davon aus, daß unter dem Zwange der Verhältnisse in der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung bereits so etwas wie eine Arbeitgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen entstanden, dem Uebereinkommen und Zusammenhalten der drei Fraktionen schon so mancher, der Arbeiterklasse sehr wertvolle Beschluß zu danken ist. Man fand sich von Fall zu Fall auf der gemeinsamen Basis, als welche das Maximum der Forderungen der einen und das Minimum derer der anderen Partei sich ergaben. Allerdings biete die Geschichte der jetzigen Stadtverordnetenversammlung Momente, die auch die Bruderparteien zu einer herberen Kritik herausfordern (Oberbürgermeisterwahl). Dr. Wegl bezeichnet auch die Kommunisten als Bruderparteien; seien ihre Führer auch teilweise Ideologen, deren Forderungen der Sozialdemokrat bekämpfen müsse, so seien doch ihre Anhänger irreführende Arbeiter und als solche „unsere Brüder und Schwestern, deren Interessen wahrzunehmen wir bestrebt sind“.

„Ich möchte mich aber“ — fuhr Dr. Wegl fort — „sark machen dafür, daß dieser Wahlkampf geführt werden soll ohne Schroffheiten gegen die rechts oder links in gemeinsamer Front mit uns gegen den Bürgerblock kämpfenden sozialistischen Parteien unter der gemeinsamen Parole: „Gegen den Bürgerblock, gegen den Bruderkampf“. Das braucht eine klare, sachliche Aussprache über die verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen der drei Parteien nicht auszuschließen.“

Gen. Noack bemerkt dazu: „Diese Ausführungen des unabhängigen Führers sind m. E. sehr beachtenswert. Berliner Stadtverordnetenwahlen bedeuten infolge der Prominenz der Reichshauptstadt in der Welt mehr als Gemeindevahlen sonstwo. Die bevorstehenden Berliner Stadtverordnetenwahlen sind von den reaktionären Parteien in provokatorischer Weise gewaltig herbeigeführt. Man unterschätze nicht die hochpolitische Bedeutung dieses Spiels mit dem Feuer. Die Reaktion glaubt, ihre Zeit sei gekommen. Bieleicht ist die Gelegenheit für uns günstig, die Probe aufs Exempel zu machen.“

30 Grad im Schaffen! Der „Tag“ bringt einen Artikel: „Scheidemann will Reichspräsident werden“. Das ist nämlich der Grund, warum der schlaue Philipp die sozialistische Einigung bereitet. Aber er irrt sich, er rechnet nicht mit dem Wirgertum, ob! Seine Basis wird nicht breiter, sondern schmaler werden, und so wird er sich ein für allemal aller hochliegenden Pläne enthalten müssen. Mit diesem „Einschneiden“ darf er getrost von dannen ziehen.

Bonensis Programmrede in der italienischen Kammer bringt nach den bisher vorliegenden Berichten nichts Neues und insbesondere nichts über Deutschland. Die angekündigten Diskussionsnahmen über die 500 000 Arbeitslosen hat Genosse Turati in der sozialistischen Fraktion als durchaus unzureichend erklärt: er wünscht eine Zwangsanleihe bei den Grundbesitzern, zu deren Gunsten der Staat soviel getan habe.

Als erster amtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin wird vom Handelsamt Charles Herring, der jüngere amerikanische Handelskommissar in Belgien, entsandt.

Unterbrechung der englisch-irischen Botsprechungen. Ministerpräsident Craig von Ulster ist mit seinen Ministerkollegen plötzlich nach Belfast zurückgekehrt, was zu pessimistischen Gerüchten Anlaß gab. Die Botsprechungen zwischen Lloyd George und De Valera wurden vertagt.

festgestellt, daß durch Fütterung mit Weizen und Roggenmehl die wohlgeschmacktesten Eier erzielt wurden. Mogen Maisfutter weniger gute Eier lieferte und in diesem Fall auch das Fleisch der Hühner weniger feinschmeckend war. Um festzustellen, bis zu welchem Grade der Geschmack und Geruch der Eier vom Hühnerfutter abhängt, wurden ferner Fütterungsversuche mit zerhackten Zwiebelblättern angestellt. Die Folge hiervon war, daß nach fünfzehntägiger Fütterung sämtliche Eier nach Zwiebeln schmeckten und rochen und schließlich ganz ungenießbar wurden; erst als man wieder zur Körnerfütterung zurückging, wurden Geruch und Geschmack allmählich normal.

Was den Geschmack der Eier im allgemeinen anbetrifft, so soll ausschließlich der jeweilige Gehalt an Fetten und ätherischen Ölen den Geschmackswert der Eier bestimmen. Des Ei-Mor, das außer einer reichlichen Wassermenge nur aus Eiweiß besteht, kommt für den Geschmack der Eier kaum in Betracht; der Geschmack liegt vielmehr hauptsächlich im Eigelb, das zwar ebenfalls Wasser und Eiweißstoffe, daneben aber auch noch viel Fett sowie je nach dem Futter mehr oder weniger auch ätherische Öle enthält. Mithin man daher würzig duftende Körner, wie z. B. Rummel, Dill, Anis oder Fenchel unter das Hühnerfutter, so kann man dadurch den Wohlgeschmack des Dotters wesentlich erhöhen. Auch Brennesselfütterung soll den Geschmack des Eidotters verfeinern, wie man auch durch Verfütterung getrockneter Brennesselblätter die Begehrtheit erhöhen kann.

Wie werde ich Diplomat? Unser Mitarbeiter Hans Ranz hat im Verlag Remo u. Co. ein Wähelein unter obeliebendem Titel herausgegeben, woraus wir die folgenden Sätze entnehmen: Habe nie eine eigene Meinung.

Warte dich stets nach der Meinung derjenigen Partei, die dir den größten Vorteil gewährt.

Betrachte nie eine Unkenntnis. Wenn zum Beispiel von Mexiko die Rede ist, so sage nicht gerade heraus, es liegt in Afrika; denn es könnte auch in Afrika gelegen sein. Meide vielmehr so im allgemeinen: „eins jener unzufriedenen Länder, wo die Sonne im Sommer sehr warm ist.“ Sprich von ungenutzten Expansionsmöglichkeiten. Insofern Dimensionen. Zu Hause lies dann den Artikel Mexiko im kleinen Prodnah und merke dir die Namen: Hesse, Bartag, Seler, Moriza, Peloto, Lemde, Lumholtz. Jede sie bei passender Gelegenheit aus und setze deine Freunde mit deiner Kenntnis über die Fachliteratur, die von jenem Land handelt, in Erstaunen.

Vertone immer das „Wesentliche“. Niemand weiß, was es ist, aber dir gibt es den Aufchein tieferer Erkenntnis.

Ueber Politik sprich mit vielstündigem Nachdenken. Man wird dann glauben, daß du in alle Schändlichkeiten eingeweiht bist.

Entrichte dich nie. Wenn deine Freunde sich ärgern, daß ihnen der Kellner 150 Mark für die Flasche Selt oberverlangt, erkläre laute lächelnd, daß du gestern dafür noch 200 Mark bezahlt hast. Bemerke nicht, daß es Seltenerwasser für zwei Mark gewiesen ist.

Trachte danach, unentbehrlich zu scheinen. Dann werden die anderen für dich arbeiten, während du verdienst.

Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Petersburger Straße 32, Donnerstag, den 21., abends 7½ Uhr: öffentlicher Vortrag vom Bildhauer Cassabara über: „Geschäftlichkeit in der Kunst“.

Groß-Berlin

Diamanten „auf Teilstrecke“.

Aus einer fröhlich verlaufenen Gerichtsverhandlung.

Eine spähhafte Geschichte, bei deren Verhandlung niemand ernst bleiben konnte, beschäftigte gestern das Schöffengericht. Wegen Pfandbesitznahme war die angebliche Stütze Gertrud Reumann angeklagt.

Das junge Mädchen war ursprünglich Hausangestellte gewesen, war zu ihrem Hausherrn in Beziehung getreten und hatte sich dadurch einen flotten Lebenswandel angewöhnt. Wie „Trudchen“ vor Gericht weiter erzählte, gebe es heutzutage so viele aus Schlebertreibern stammende Kavalier, die gar nicht wüßten, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollten, und auf diese habe sie es abgesehen. Um auch den nötigen Eindruck zu machen, kaufte sich die Angeklagte bei einem Juwelier ein Paar Brillantohrringe „auf Teilstrecke“, d. h. auf Abzahlung. Als es dann mit der Abzahlung haperte und der Gerichtsvollzieher erschien, um die Brillantohrringe zu pfänden, fand er nur noch die leeren Fassungen vor, die Steine selbst waren verschwunden. Nach einigem Suchen jedoch fand der Beamte die beiden Brillanten schließlich in einer Vase versteckt. Sofort stürzte „Trudchen“ mit einem Rutsch auf den Beamten los, und ehe es sich dieser versah, waren die wertvollen Steinchen im Munde der Angeklagten verschwunden.

Run war guter Rat teuer. Der Beamte wußte sich aber auch jezt noch zu helfen. Im väterlich ermahnenen Tone erklärte er dem Mädchen mit dem kostbaren Beidesinhalte, daß häufig durch Fremdkörper tödliche Blinddarmentzündungen entstehen, und es gelang ihm, das Mädchen in eine Apotheke zu lassen, wo sie ein Abführmittel einnahm, das auch, nachdem sie mit ihrem getreuen Begleiter, dem Gerichtsvollzieher, wieder in ihrer Wohnung angekommen war, eine schnelle und erfolgreiche Wirkung hatte. Die Brillanten kamen auf natürlichem Wege wieder zum Vorschein.

Der Amtsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis, während Rechtsanwalt Müller-Stromeyer geltend machte, daß eine eigentliche Entziehung gar nicht vorliege, da der Aufenthaltsort der Pfandstücke ja bekannt gewesen sei, eventuell hätte einem Abhandlungskommen durch reichliche Annahmen von Liebesgaben vorgebeugt werden können. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Schlecht belohnte Gutmütigkeit.

Eine eigenartige Bestechungsangelegenheit beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Vergehens gegen den § 133 (Entwendung aus amtlichem Gewahrsam) und Verletzung der Bestechung waren die Zigarettenfabrikanten Leo Schöcher und Nilsen Schöcher angeklagt. — Gegen die beiden aus Bettlond stammenden Angeklagten schwebte ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung, welches aus einem anderen Verfahren, welches sich gegen einen gewissen Willstcher richtete, entstanden war. Mit der Bearbeitung dieser Sache war der Kriminaloberwachmeister Herrmann betraut worden. Als dieser den Angeklagten Leo Schöcher nach der Magazinstrasse zur Vernehmung bestellte, machte der Angeklagte allerlei Ausflüchte, um der Vernehmung zu entgehen. Er erklärte, daß er infolge des „Bürms“ in dem Bureau zu nervös sei und bat, in seiner Wohnung vernommen zu werden. Der Beamte ging, obwohl dies gegen die Vorschriften war, aus Gutmütigkeit darauf ein und erschien am nächsten Tage mit den Straf- und Steuerakten in der Wohnung des Angeklagten in der Klopstockstrasse. Hier wurde er mit Kaffee und einigen Likören bewirtet. Wie der Beamte behauptet, mußte sich offenbar in diesen Getränken ein Narzissium befinden haben, denn nach dem Genuß konnte er sich an die darauf folgenden Ereignisse nicht mehr erinnern und habe sich erst des Nachts in seinem Bett liegend, völlig erschlagen und blutend, wiedergefunden und zwar ohne die Akten. Wie der Beamte vor Gericht befandete, habe er alles mögliche versucht, um die Akten zurückzubekommen. Hierbei habe einer der Angeklagten seiner Frau Geld angeboten, damit aus der Sache nichts werde und als dies abgelehnt wurde, sei ihr erklärt worden: „Ihr Mann ist wohl noch so ein verdächtigter Beamter von Wilhelm's Zeiten; die heutigen Beamten nehmen alle Geld!“ — Vor Gericht bestritten die Angeklagten, die Akten entwendet zu haben und ließen durch Advokat Wronker und Rechtsanwalt Jillich einen umfangreichen Entlastungsbeweis antreten. Das Gericht verurteilte Leo Schöcher zu 1 Jahr Gefängnis und sprach den Nilsen Schöcher frei.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Ihr Haar hatte sich gelöst und hing wie achsellos hingeworfene Seide, in kostbaren, ausgebreiteten Strähnen, bis zur Erde herab. Es war trocken und glitzerte in tausend goldenen Funken, und er hatte die Empfindung, daß es knistern würde, wenn er es ergriffe, seine Hände in ihm badete, es an sein Gesicht führte, um den Duft starker, gesunder Jugend und hingebenden Liebreizes, den es ausströmte, zu trinken.

Er sah auch ihre jungen Arme, die von den Kermeln ihres Kleides bis zu den Ellbogen freigegeben waren und die eine solche Wohlgeformtheit, eine solche feste, weiße Fülle verrieten, daß es sich für ihn um seine Sinne legte, wenn er sich vorstellte, daß sie ihn umschlangen.

Und so merkte er auch mit einem Male, daß er arm war, unermesslich arm bei all seinem Reichtum, und daß seine Armut um so lärglicher und drückender werden mußte, je mehr sein Reichtum und seine Macht zunahmen, die er nur errang, weil er sich freiwillig und bewußt unter den Zwang eines nüchternen, gefühllosen Verstandes und harten Willens begeben hatte.

Er trat zu ihr und berührte mit den Fingerspitzen ihre Schulter. „Hören Sie,“ sagte er und spürte dabei eine große Trockenheit in seinem Gaumen, „Sie dürfen nicht so weinen, — man wird sonst aufmerksam auf uns!“

Hatte sie das Tastende, unsicher Suchende in seiner Stimme wahrgenommen, jenes, vor dem er jezt selber erschrak, da es wie ein Versuch klang, den er unternahm, um ihr näher zu kommen?

Sie hob den Kopf und stützte ihn mit der Hand. „Gehen Sie,“ sagte sie, „ich will Sie nicht mehr sehen.“ „Fürchten Sie sich vor mir?“ fragte er. „Das sollen Sie nicht.“

„Nein, ich fürchte mich nicht vor Ihnen, — aber Sie flößen mir Ekel ein, — Sie und der andere, . . . ja, Sie alle beide!“

Er erblickte. „Warum?“ „Weil, . . . weil Sie ein Reptil sind, — ja, ein Reptil, das sich nachts anschleicht und das, wenn man es auf der

Die Juwelen des Prinzen Leopold.

Seit länger als Jahresfrist beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit der Juwelenangelegenheit des Prinzen Leopold von Preußen. Damals tauchte die Nachricht auf, daß die Juwelen aus Deutschland verschwunden seien. Die Nachforschungen des preussischen Finanzministeriums führten aber nicht auf die Spur. Dann hieß es, die Juwelen befänden sich in einem Tresor einer hiesigen Großbank. Die Untersuchung ergab, daß in dem Tresor nur ganz wertlose Schmuckstücke waren. Weitere Nachforschungen blieben ebenfalls vollkommen ergebnislos. Da dann aber wegen 20 Millionen Schulden, die der Prinz gemacht hatte, eine Sanierungsaktion für ihn eingeleitet wurde, ergab sich, daß er tatsächlich für die Summe von 350 000 Schweizer Franken Juwelen in Bern verpfändet hatte. Als das preussische Finanzministerium davon erfuhr, gelang es ihm, die ganzen verpfändeten Juwelen unter Verschluss des Ministeriums bei einer Bank in Bern zu bekommen. Da die Untersuchungen, die in der Schweiz in Lugano geführt worden sind, jezt zum Abschluß gelangt sind, erwartet man an amtlicher Stelle in Berlin das Eintreffen der Akten, um weitere Maßnahmen nötigenfalls zu treffen. Zweifellos handelt es sich hier um eine Verschönerung und es wird hoffentlich eine Beschlagnahme der verschönten Werte nicht lange auf sich warten lassen.

Der Fall Rudolph-Franzke.

Seit einigen Tagen wird die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit eines gewissen Dr. Rudolph unausgesetzt beschäftigt, und zwar in der widersprechendsten Weise, so daß wir zunächst Abstand genommen haben, etwas darüber zu bringen. Es handelt sich um folgendes: In Wildbad im Schwarzwald wurde in diesen Tagen der fähigste juristische Hilfsarbeiter bei der Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge Dr. Rudolph festgenommen, der aber gar nicht Rudolph heißen soll, sondern Franzke. In dem Bericht einer Korrespondenz erschien er als ein Mann mit etwas phantastischem und undurchsichtigem Leben; er wurde dort schäntweg als „politischer Hochstapler“ bezeichnet. Im Juni ging Rudolph-Franzke nach Wildbad. Während noch beim Magistrat die Ermittlungen über seine Person im Gange waren, wurde er am 12. Juli dort auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei verhaftet. In dem Haftbefehl heißt es, daß Franzke, genannt Dr. Rudolph, bei dem Attentat auf die Siegessäule und bei der Niederschlagung der Offiziere im Schöneberger Rathaus während des Rapp-Bußches mitgewirkt habe. Dr. Rudolph wurde dann von der Kriminalpolizei nach Berlin in Untersuchungshaft in Moabit gebracht.

Die Feststellungen, die inzwischen beim Berliner Magistrat gemacht wurden, sollen das Ergebnis gezeigt haben, daß Dr. Rudolph sich Unterschlagungen und Fälschungen während seiner hiesigen Amtstätigkeit hat zuschulden kommen lassen. Von den ihm anvertrauten Mitteln der Rudendorff-Spende soll er eine größere Summe unterschlagen haben.

Gestern Dienstag ging nun aus Wildbad (Württemberg) bei uns folgendes Telegramm ein:

Wildbad (Württemberg).

„Erfahre soeben maßlose Schwindelmeldungen über mich. Bin zur Kur und nicht in Haft. Erwarte vollständiges Dementi. Bin entschlossen, nach Wiedererlangung der Gesundheit meine zahlreichen Gegner dadurch zu widerlegen, daß ich sie durch hervorragende Leistungen auf sozialem Gebiete beschäme.“

Dr. Rudolph, Wildbad.

Das selbe Telegramm scheint aber auch anderen Berliner Zeitungen zugegangen zu sein. Wie verlautet, will sich der Berliner Magistrat heute mit dieser allmählich recht rätselhaft werdenden Angelegenheit beschäftigen.

Fünfzehn Waldbrände um Berlin.

Nicht weniger als fünfzehn Waldbrände werden uns gemeldet, darunter zwei größere. Unter anderem brannte in der Grünheider Forst etwa ein Hektar Bäumebestand. Als Ursache wurde unvorsichtiges Abfeuern durch Wandervogel festgestellt. — Die Tegeler Wehr wurde gerufen, weil Unterholz in einer Ausdehnung von etwa einem Morgen Feuer gefangen hatte. — Drei Stunden nach dem Ausbruch dieses Brandes gerieten südlich der Bernauer Straße zwanzig Morgen Wald in Brand, so daß die freiwillige Feuerwehr der Tegeler Umgegend bis in die späten Nachmittagsstunden hinein eingesetzt werden mußte. — Bei einem 10 Morgen umfassenden Waldbrand im Jagern 20, in der Nähe der Villenkolonie Wenden, schloß im Stadtwald Köpenick, mußten Verführungen der Schutzpolizei eingesetzt werden, die in Stärke von 30 Beamten bis in die Nacht hinein an der Brandstelle eingesetzt waren. — Es kann die

bloßen Haut spürt — kalt, küstern und grausam —, das einem dann Entsetzen einjagt und Ekel und Grauen, so daß man sich schüttelt. . .

Eine Woge von Erregung stieg in ihm hoch. „Sie lügen!“ schrie er sie an. „Sie lügen, Sie verdrehen die Wahrheit! . . . Weshalb bin ich hier? Nicht um Sie anzugreifen, bin ich hier! Um den Dolchstoß abzuwehren, den Sie gegen einen anderen führen, — gegen einen, der wehrlos ist, den Sie ver-raten wollen!“

Sie lachte ihm höhnisch ins Gesicht. „Näher! Nicht deshalb sind Sie gekommen! Soll ich es Ihnen sagen, welches der wahre Zweck ist, der Sie zu mir führt? . . . Fangen wollen Sie mich! Befolgen wollen Sie mich! Und weil Sie zu schwach sind, mich zu erobern, so steigen Sie, wie ein Dieb, nachts durchs Fenster, um mich zu stehlen!“

Er starrte sie entsetzt an. „Sie. . . wollten. . . ich —?“ Sie sprang auf, stellte sich vor ihn hin und hob beide Arme. „Sehen Sie mich an, wenn Sie es können!“

Er hob den Kopf, ließ ihn aber sogleich wieder sinken, trat zur Seite und warf sich in einen Stuhl. „Sie sind ein Teufel!“ flüsterte er.

„Sehen Sie es, merken Sie es, daß Sie mich wollen, . . . mich, nur mich!“

Es überkam ihn Koll und heiß zugleich, denn er hörte es, daß in ihrer Stimme keine Drohung mehr, sondern unerschütterter Zweifel war. „Ich habe. . . nie daran gedacht,“ murmelte er.

„Aber jezt, . . . jezt denken Sie — doch daran?“

Er schwieg. Da brach sie unvermittelt, tief Atem holend, das Gespräch ab, und als bestimme sie sich, in welchem Zustande ihr Haar sei, ging sie an den Spiegel, um es hochzustechen.

Er wollte es nicht und mußte es doch tun: er verfolgte sie mit seinen Augen, umfaßte sie mit ihnen, ließ, einem gebieterischen inneren Zwang folgend, den Zauber ihres blick-samen Leibes voll auf sich wirken.

Sie sah das im Spiegel und blieb, ohne sich zu rühren, in der gleichen Haltung, sich ihm gleichsam preisgebend, in der sie sich in ihre Gewalt gab.

Als sie vom Spiegel zurücktrat, wußte sie, daß sie diesen Mann hatte, daß er ihr nicht mehr entkam.

im Walde lustwandelnde Bevölkerung und die wandernde Jugend nicht eindringlich genug aufgefordert werden, sich bei dieser Dürre der größten Vorsicht zu befleißigen. Angehts der großen volkswirtschaftlichen Werte, die in den Wäldern stecken, werden über-fährte Täter nicht auf Milde der Gerichte zu rechnen haben.

Steuerzahlung.

Die Hauptsteuerverwaltung erinnert durch öffentliche Mahnung an die Zahlung aller im Gebiete der bisherigen Stadtgemeinde Berlin (Verwaltungsbezirke I—VI) noch rückständigen Grund-, Betriebs- und Hundesteuern, insbesondere der Grund- und Betriebssteuer für 1920 und der Hundesteuer für April/September 1921. Es wird auf diese Bekanntmachung aufmerksam gemacht und besonders darauf hingewiesen, daß nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfrist, vom 1. August ab, ohne weiteres die zwangsweise Einziehung der Steuerreste durch Pfändung insbesondere von Mieten, Gehältern und anderen Forderungen erfolgt. Nach der Verordnung über die Reueffeldung der Gebühren im Verwaltungszwangverfahren vom 29. April 1921 sind auch für die öffentliche Mahnung Gebühren zu entrichten, deren Höhe in dem die öffentliche Mahnung betreffenden Säulenanschlag bekanntgegeben ist.

„Heil Dir im Siegerkranz“.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Ein Bekannter, der kürzlich in Wornemünde war, erzählt mir, daß dort von der Kurkapelle jeden Tag unter begeisterter Mitwirkung des dazu passenden Publikums „Heil Dir im Siegerkranz“ gespielt wird. Man braucht nicht erst nach dort zu gehen, daselbst kann man auch in einigen Charlottenburger Lokalen erleben. In dem Garten des Schlosspark-Restaurants in der Berliner Straße zu Charlottenburg, am Luisenplatz, konzertiert Dienstags die Kapelle des 2. Reichsheer-Regiments. Donnerstags und Sonntags die Kapelle der „National-Flugwehr“. Es wirkt besonders provozierend, weil das Lokal an einer belebten Verkehrsstraße liegt und viel Publikum, auch Arbeiter, die gerne einmal Musik im Vorbeispazieren hören, dort stets zu treffen sind. Ueber was, so fragt unser Gewährsmann, muß man sich nun mehr wundern: Ueber die Frechheit der Anhänger des alten wilhelminischen Systems, oder über den Langmut der Arbeiter?

Wenn der „Langmut der Arbeiter“ aber, wie in Dahme, einmal reißt und sie die kaiserliche Fahne herunterholen, dann erklärt sich die Strafkammer für unzuständig und verweist die Sache an das Schwurgericht. Die Reaktionen aber sollen sich kühlen. Der 31. Juli soll in Groß-Berlin und im ganzen Deutschen Reich eine überwältigende Kundgebung für den Frieden und gegen jeglichen Militarismus sein.

Den Reichswehrminister scheinen derartige Dinge, wie die geschilderten, kalt zu lassen!

Den Kaiseradler als Buchschmuck führt noch immer die bekannte Guttentag'sche Sammlung preussischer Belege. Der Adler, versehen mit Krone,zepter und Reichsapfel, ist körperlich nur recht mager und heruntergekommen. Dafür breitet er aber prächtig und großartig, wie eben nur ein kaiserlicher und königlicher Adler sein kann, seine Flügel nach rechts und links aus. Das Ganze ist auf ein Zeichen der Zeit. Alle rechts orientierten Richter werden natürlich ein mit einem solchen königstreuen Tier geschmücktes Buch mit angenehmen Gefühlen in die Hand nehmen. Die aber schon recht zahlreichen sozialistischen Rechtsanwälte, Beigeordneten, Syndik, Bürgermeister, Stadtverordneten und Stadträte werden deshalb gut tun, bei Anschaffung von Gesetzbüchern darauf zu achten, daß die Bücher nicht mehr die Zeichen des kaiserlichen Deutschland tragen.

Eine Pulverexplosion ereignete sich am Dienstag vormittag auf dem Schießplatz Wildau bei Königs-Wusterhausen. 4 Arbeiter erlitten schwere Kopfverletzungen. Die Explosion ereignete sich, als Handgranaten und Geschosshülsen verlesen wurden. Der Schießplatz ist Eigentum der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik.

Ein Bademeister ertrank. Am Kiewitz an der Havel ertrank gestern beim Baden der Bademeister Engel aus Oesterreich, der hier in Potsdam zu Besuch weilte. Die Leiche konnte geborgen werden. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt.

50 000 Mk. Belohnung. Der ungewöhnlich hohe Betrag von 50 000 Mk. Belohnung wird vom Berliner Polizeipräsidenten, Abt. IV, für die Ermittlung eines Aktienfälschers ausgesetzt, der im Juni d. J. den Versuch gemacht hat, gefälschte Aktien der Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G. in Augsburg bei mehreren

Er aber, ertappt, stand auf und ging mit hastigen Schritten durchs Zimmer, ohnmächtig und gar nicht einmal ernstlich an den Fesseln rüttelnd, die sie ihm angelegt hatte, — ohne Mühe, ohne sichtlich Willen, nur dadurch, daß sie die war, die sein Schicksal werden mußte.

Sie hatte sich inzwischen eine neue Zigarette angezündet, deren Spitze in der Dunkelheit des Zimmers blaß aufblitzte, wenn sie einen ihrer tiefenzüge daran tat.

Und mit leisen Worten, so, als ob nichts zwischen ihnen vorgefallen wäre, begann sie wieder zu reden. Von Dingen, die dem Alltag entnommen waren, von Reisen, die sie gemacht hatte und noch machen würde, von Landschaften und von Menschen, und zuletzt, mit einem kaum merklichen Uebergang, auch von Herrn von Webenau, der ihr gefallen habe und den sie doch nie heiraten würde, weil er nicht mehr als ein guter Junge sei.

Und ganz dunkel deutete sie es an, daß es ihr Wunsch sei, eine zweite Ehe einzugehen, eine Ehe, die ihr keine Leidenschaft, dafür Ruhe brächte, mit einem Mann, den sie gern haben könnte, ohne ihn lieben zu müssen.

Da fielen ihm die Worte ein, die vor einigen Tagen Dora zu ihm gesagt hatte, und er tat nun die gleiche Frage, die damals an ihn gerichtet worden war: „Gibt es überhaupt jemanden, den Sie lieben?“

Er wunderte sich nicht darüber, daß sie diese Frage ebenso verneinte, wie er es damals getan hatte, und doch lächelte er laut auf, so daß sie ihn fragte, was er habe.

„Nichts,“ antwortete er finstler, um gleich darauf hinzu-fügen: „Doch eins: ich möchte Sie etwas fragen. Zuvor aber möchte ich wissen, ob Sie auch einmal die Wahrheit sagen können.“

„Ich lüge niemals,“ sagte sie stolz, „das dürfen Sie mir glauben.“

„Ich möchte Sie fragen, ob Sie noch niemals die Sehnsucht empfunden haben, zu lieben, — zu lieben, nicht geliebt zu werden!“

„Jede Frau hat diese Sehnsucht,“ sagte sie einfach, „jede.“

„Nicht auch jeder Mann?“

„Ja, noch mehr jeder Mann, — jeder echte, — jeder starke Mann!“

Er versank in ein dumpfes Brüten. „Ich sehe, Sie ver-achten mich,“ sagte er nach einer Weile.

(Fortf. folgt.)

Gold - Platin - Silber - Münzen
 Bruch Ketten Ringe Uhren
 Neuhaus, Roßstr. 8 Nähe Spielmarkt
 Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

Saison-Räumungs-Ausverkauf

Qualitäts-Ware

rasend billig



Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden Nr. 185, 1239, 1987, 9714.

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Berlin!

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet für die Verwaltungsstelle Berlin am

Sonntag, den 24. Juli 1921, vorm. 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr

und am
Montag, den 25. Juli 1921, von 2 bis 6 Uhr nachmittags.

statt. Die Wahllokale sind unten angeführt.

Alle Kollegen und alle Kolleginnen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, müssen mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sein, das heißt, sie dürfen nicht länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sein. Alle Kollegen und Kolleginnen sind deshalb verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß ihr Nach am Tage der Wahl in Ordnung ist.

Die Wahl ist eine geheime; sie erfolgt mittels Stimmzetteln. Die Ortsverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß jeder Wähler unbefristet von dritten Personen die nicht zulassende Hilfe auf dem Stimmzettel durchkreuzen kann. Alles nähere im Auszug des Wahlreglements (siehe Nr. 26 der „Metallarbeiter-Zeitung“). Alle Kollegen und alle Kolleginnen werden ersucht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Vertrauensleute haben hauptsächlich darauf zu achten, daß alle Kollegen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Als Wahlleiter für den Bezirk Berlin ist von der Ortsverwaltung der Kollege Otto Rida, Linienstr. 83/85, bestimmt.

Wahl-Lokale:

- Norden:**
1. Nentwich, Linienstraße 195
 2. Böttner, Schwanenstraße 23
 3. Giesecke, Rosenburgerstraße 74
 4. Knapp, Grünthalstraße 6
 5. Pritsch, Brühlstraße 4
 6. Döhling, Brunnenstraße 79
 7. Carus, Holtenauerstraße 17
 8. Krüger, Sülzenstraße 33
 9. Leuschner, Sülzenstraße 110
 10. Dams, Sülzenstraße 9
 11. Giebel, Sülzenstraße 83
 12. Wende, Sülzenstraße 147
 13. Noll, Sülzenstraße 13
 14. Tefler, Sülzenstraße 13
 15. Barleben, Sülzenstraße 13
 16. Zimmer, Sülzenstraße 13
 17. Koch, Sülzenstraße 13
 18. Künze, Sülzenstraße 14
 19. Steinhauser, Sülzenstraße 71
 20. Elgt, Sülzenstraße 74

- Nordosten:**
21. Späth, Sülzenstraße 65
 22. Kuwanski, Sülzenstraße 191

- Osten:**
23. Bähr, Sülzenstraße 47
 24. Rosin, Sülzenstraße 19
 25. Pitzcker, Sülzenstraße 34
 26. Köhler, Sülzenstraße 14

- Südosten:**
27. Orzel, Sülzenstraße 30
 28. Gewerkschaftshaus, Engelstraße 13
 29. Prasser, Sülzenstraße 29a
 30. Benoit, Sülzenstraße 4
 31. Grohne, Sülzenstraße 17
 32. Helmuth, Sülzenstraße 58

- Süd:**
33. Blankie, Sülzenstraße 1
 34. Nowak, Sülzenstraße 66
 35. Winter, Sülzenstraße 117

- Südwesten:**
36. Späth, Sülzenstraße 30
 37. Topp, Sülzenstraße 1
 38. Rathmann, Sülzenstraße 118

- Westen:**
39. Meyer, Sülzenstraße 7
 40. Wiemer, Sülzenstraße 58

- Nordwesten:**
41. Orlschlager, Sülzenstraße 5
 42. Sturz, Sülzenstraße 7
 43. Thielemann, Sülzenstraße 19
 44. Kaiser, Sülzenstraße 34
 45. Krüger, Sülzenstraße 13

- Zentrum:**
46. Hummel, Sülzenstraße 5

- Adlershof:**
47. Michael, Sülzenstraße 78

- Hausmannsweg:**
48. Voges Nachf., Sülzenstraße 14

- Charlottenburg:**
49. Nebel, Sülzenstraße 1
 50. Werner, Sülzenstraße 16
 51. Thunack, Sülzenstraße 4
 52. Müller, Sülzenstraße 27
 53. Peter, Sülzenstraße 28

- Cöpenick:**
54. Schulz, Sülzenstraße 34
 55. Augustin, Sülzenstraße 34

- Friedrichshagen:**
56. Tinius, Sülzenstraße 131

- Hanselhorst:**
57. Lehmann, Sülzenstraße 131

- Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Kollegen der Robleger

Wilhelm Decker

am 17. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, am Friedhof der Sülzenstraße 131 statt.

Die Ortsverwaltung.

Theodor Schley

Berlin, Sülzenstr. 30, am 12. Juli gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Aerztlich empfohlen!

DENTINOX

Zahnungsmittel

für Kinder

Auszug aus Crocus und Myrrine, Zuckerart, verpackt in Flasche Mk. 5.—

Überall erhältlich!

Fabrikat: H. Lehmann, Bin. W. 5, Wundtstraße 17

Tausende befreit!

Bandwurm

mit Kopf

Spul- und Madenwürmer

bedeuten nicht nur für den

unselbst. Medico-Band-

wurm-mittel, sondern ge-

ringe für den 3. 10. für

Rind, 3. 10. für (Wiederan-

gabe) und werden nur mit

Medico-Bandwurm-mittel

erhalten, wenn man sich an

Otto Reiche, Berlin 43,

60. Eisenbahnstr. 4.

2-Zimmerwohnung

mit Küche

in Berlin. Miete werden

eventuell für die Über-

nahme. Gern möchte ich

durch das Wohnungsmittel

wird erstellt. Auskünfte

erhalten. Offerten an

Freimann & Kreisler

Sanitätsrat Dr. v. Kirchbach, Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber

Tietz) (3-7) Glanz-Erfolge! Deobacht. Tel. Königst. 3595



Disconto-Gesellschaft Berlin

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland

Kapital u. Reserven 650 000 000 Mark

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Bilanz am 31. Dezember 1920 *)

Aktiva		Passiva	
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 095 831 613,54	Eingezahlte Kommanditanteile	310 000 000,—
Wechsel und unverzinsliche Schecks	6 229 505 220,45	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	109 000 000,—
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen	1 177 142 535,94	Besondere Reserve	81 000 000,—
Report und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	95 717 361,74	Gläubiger	12 015 647 575,50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschaffungen	120 763 578,46	Akzente	96 571 711,78
Eigene Wertpapiere	88 251 869,21	Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen	160 112 747,43
Konsortial-Beteiligungen	77 484 947,17	Wohlfahrtsvereine	7 451 240,47
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60 000 000,—	Noch nicht abgegebene Gewinnanteile der früheren Jahre	1 439 769,—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000,—	Rückstellung für Talonsteuer	3 630 040,—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	60 396 718,78	10% Gewinnanteil auf M. 310 000 000 Kommanditanteile	49 600 000,—
Schuldner in laufender Rechnung	576 751 897,99	Gewinnbeteiligung und des Aufsichtsrats Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellvertretenden Direktoren, Prokuristen und Angestellten	20 843 331,15
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung der selben übernommenen Verpflichtungen	160 112 747,40	Rückstellung für Rubensstandsversorgung der Beamten	10 000 000,—
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stütungen	4 352 254,79	Überweisung an Reserve	20 000 000,—
Einrichtung	1,—	Übertrag auf neue Rechnung	6 516 506,91
Bankgebäude	36 514 816,45		
Sonstige Liegenschaften	8 140 751,62		
	12 094 406 494,66		12 094 406 494,66

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzger Niederlassungen

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920 **)

Soll		Haben	
Verwaltungskosten	198 593 792,27	Vortrag aus 1919	6 405 838,54
Steuern	45 603 346,02	Coupons	12 033 491,06
Zu verteilender Reingewinn	160 133 409,74	Effekten	37 065 042,68
		Provision	121 839 070,12
		Wechsel und Zinsen	203 854 634,91
		Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	8 400 000,—
		Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	12 000 000,—
		Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 017 531,32
			401 340 985,03

**) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Ergebnis unserer Londoner und Metzger Niederlassungen

Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin.

Der Gewinnanteilschein Nr. 95 unserer Kommandit-Anteile wird mit

M. 96.— für die Stücke von 600 Mark,

„ 192.— für die Stücke von 1200 Mark

unter Abzug von 10% Kapitalertragsteuer vom 19. Juli 1921 an bezahlt

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen,

oder in Augsburg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,

„ Barmen bei dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,

„ Breslau bei dem Bankhaus E. Heilmann,

„ Cassel bei dem Bankhaus L. Pfeiffer,

„ Dresden bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,

bei dem Bankhaus Philipp Elmeyer,

„ Eiberfeld bei dem Bankhaus von der Heydt-Korsten & Söhne,

„ Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,

bei dem Bankhaus E. Ladenburg,

„ Halle a. S. bei dem Hallischen Bankverein von Kullisch, Kaempf & Co.,

bei dem Bankhaus Reinhold Steckner,

„ Hamburg bei der Vereinsbank in Hamburg,

„ Hannover bei dem Bankhaus Ephraim Meyer & Sohn,

bei dem Bankhaus A. Spiegelberg,

„ Karlsruhe i. B. bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,

bei dem Bankhaus Volt L. Kombruger,

bei dem Bankhaus Straus & Co.,

„ Köln bei dem Bankhaus A. Levy,

bei dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.,

„ Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und bei deren Abteilung Becker & Co.,

„ Magdeburg bei dem Bankhaus F. A. Neubauer,

„ Mannheim bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,

„ Meiningen bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,

„ München bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,

bei der Bayerischen Vereinsbank,

„ Nürnberg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,

bei dem Bankhaus Anton Kohn

„ Stuttgart bei der Königlich Württembergischen Hofbank G. m. b. H.

Die Einlösung findet bei uns und unseren Niederlassungen, bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein und der Norddeutschen Bank in Hamburg und deren Niederlassungen vom 19. Juli an in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr statt. Bei den anderen Stellen ist die Einlösungsfrist auf die Zeit vom 19. Juli bis zum 15. August 1921 begrenzt.

Berlin, den 18. Juli 1921.

Direction der Disconto-Gesellschaft

Kohlensäure-Bäder

Sauerstoff-Bäder

Marke Zeo

an Wirksamkeit unerreicht.

Überall erhältlich oder bei den Fabrikanten

KOPP & JOSEPH, Berlin W. 50, Potsdamer Str. 122

Einem Offenen Brief, den der Republikanische Führerbund an den Reichswehrminister richtet, entnehmen wir folgende Schilderung der Zustände auf dem Truppenübungsplatz Döberitz, von dem beinahe gleichzeitig der Kapp-Putsch ausging:

Wollen Sie das Barackenlager betreten, so müssen Sie sich — wenn Sie sich nicht als Reichswehrminister zu erkennen geben — auf der königlichen Kommandantur einen Ausweis ausstellen lassen, der Ihnen erst das Recht gibt, den Posten zu passieren.

Königlich ist diese Kommandantur immer noch — das besagen Schilder, die sowohl am Eingang des Truppenübungsplatzes als auch direkt vor der Kommandantur und an anderen Stellen zu finden sind! Der Ausweis, der Ihnen in der Schreibstube der Kommandantur ohne jede Legitimationsprüfung gegen Erstattung von 10 Pf. überreicht wird, trägt zudem das mit dem kaiserlichen Adler versehene Siegel der Kommandantur.

Die wenigen freien Stunden, die dem Soldaten bei dem anstrengenden Dienst auf dem Truppenübungsplatz für sich bleiben, werden im Soldatenheim zugebracht. Dieses Heim können Sie ohne besondere Erlaubnis der königlichen Kommandantur betreten und am Eingang ein Soldatenliederheft einem Kassen ohne besondere Gebühr entnehmen, in welchem Sie auch folgende Nieder finden:

Hei! die im Siegerkranz (Nr. 7).
Ich bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben? Die Fahne schwebt mir schwarz-weiß-rot voran. (Nr. 11.)

Im großen Saal des Soldatenheims, in welchem des abends kinematographische Vorführungen stattfinden, sehen Sie — eigentlich für einen königlichen Übungsplatz ganz selbstverständlich — das Bild des nach Holland entflohenen obersten Kriegsherrn, geschmückt mit der goldenen Kaiserkrone.

Der Brief fragt den Reichswehrminister am Schluß, ob es dem Herrn Reichswehrminister nicht wenigstens möglich sei, die äußere Fassade der Reichswehr republikanisch zu gestalten. Daß es ihm schwer fallen wird, den inneren Geist der Reichswehr zu republikanisieren, erkennt der Brief an, denn diese Arbeit wird in zu vielen Fällen sabotiert. — Freilich, das fügen wir hinzu, daß sich Herr Geiler diesen Weg auch selbst dadurch verbaut, daß er den Republikanischen Führerbund in der Reichswehr verbot.

Die Reichsflagge wird niedergeholt!

Aus Borkum wird uns berichtet, daß vor einigen Tagen ein Eisenbahnsekretär eine tausendköpfige Menge am Strand versammelte, um die Niederholung der schwarz-rot-goldenen Flagge zu erzwingen. Nur dem Eingreifen eines Polizeibeamten war es zu verdanken, daß keine Exzesse erfolgten. Bedauerlich und charakteristisch zugleich ist es, daß sich sogar Reichswehrgoldaten daran beteiligten, die auch der Aufforderung des Polizeibeamten, ihn zu unterstützen, nicht nachkamen. Sie gingen sogar so weit, auf Verhölten einzelner Kurgäste, die sie darauf aufmerksam machten, daß sie dieser Flagge die Treue geschworen hätten, zu fragen, ob die Betreffenden denn dabei gewesen seien? Während der Polizeibeamte fortlief, um Hilfe zu holen, kam ein benachbarter Wachmeister und holte die Flagge tatsächlich ein. Was sagt Geiler zu diesen treuen Beschützern der Republik? Vielleicht zieht der Minister auch darüber Erkundigungen ein, ob und wann die Reichswehrgoldaten, die gegenwärtig auf Borkum anwesend sind, auf die Verfassung vereidigt wurden?

Vielleicht schämen sich die Borkumer Flaggenstürmer, wenn sie folgende Düsseldorfener Nachricht lesen:

Der Kommandierende General und Kommandant von Düsseldorf, General Hennocque, einer der typischsten Vertreter des Militarismus im besetzten Gebiet, hat nur das Flaggen in den Farben der Rheinprovinz gestiftet.

Weitere Bundesgenossen finden die Borkumer in Horthy-Ungarn. Dort wird nämlich zur Beeinflussung Frankreichs gegen die Abtretung des Burgenlandes an Deutschland behauptet, daß im Burgenland verschiedentlich die deutsche Reichsfahne gehißt worden sei, noch dazu in Orten, die nach der ungarischen Statistik rein kroatisch sind!

Zu unserer kürzlich erschienenen Notiz „Auslandsdeutsche und Schwarz-Rot-Gold“ schildert ein Parteigenosse aus dem Kreise Lauban in Schlesien, welcher prinzipiellen Einbruch es machen mußte, als letzthin bei einem bürgerlichen Turnvereinsfest in Haindorf Liebeswörter sämtliche Teilnehmer schwarz-rot-gold trugen, bis auf einige Reichsdeutsche, die mit schwarz-weiß-rot einherzogen. Was mögen die Deutschböhmen von solcher Reichsgefinnung denken?

Neues aus Niederschönenfeld.

Zu den Mitteilungen über gescheiterte Zustände in der bayerischen Festung Niederschönenfeld bemüht sich bayerische offizielle Stellen, durch Dementis unsere Angaben zu entkräften. In Berlin war es vor allem der „Total-Anzeiger“, der durch ebenso verlegene wie geschmacklose Biheleien über „mishandelte Sportatisten“ von dem wahren Sachverhalt ablenken suchte. Uns geht nun weiteres umfangreiches Material zu. Aus den zahlreichen Punkten seien hier die folgenden hervorgehoben:

Nach dem Dienstantritt des ersten Staatsanwalts Krauß, der Dr. Bollmann ablöste, machte sich sofort eine stramme Kassenhofdisziplin bemerkbar. Die Festungsgefangenen werden völlig als militärische Untergebene behandelt, hier schlimmer als diese. Jeder Versuch, sich mündlich oder schriftlich hierüber zu beschweren, gilt als Widersehrlichkeit und hat Disziplinierung wie Absonderung, Schreibverbot, Besuchsverbot, Koffschmälerei oder hartes Lager zur Folge. Redensarten wie: „Sie waren beim Militär. Hier ist es genau so wie dort!“ oder: „Beschwerden sind unsonst, kommen um Alti!“ oder: „Der Oberstaatsanwalt hat hier gar nichts anzuhängen — das tue ich!“ sind an der Tagesordnung. Wer innerhalb 14 Tagen mehr als zwei Bitten ausspricht, kommt in Einzelhaft und kann auf Wochen damit rechnen, überhaupt nicht gehört zu werden.

Die Festungsgefangenen, die Abgeordnete sind, ist es unterstellt, sich an ihre Vorgesetzten zu wenden. Die alle Mutter des Festungsgefangenen Toller wird zu Besuch vorgelassen, wenn er (Toller) seiner Mutter schreibt, daß er sich gut fühle. Das zweieinhalb Jahre alte Kind des Abgeordneten Schmidt wird bei der Ankunft in der Festung körperlich durchsucht und unter Aufsicht gestellt. Der Abg. Hagemeister wird anlässlich eines Besuchs seiner Frau vor dem Rapportzimmer zum Gehörsam aufgefordert und hierbei von dem Oberaufseher Geiler mit der Pistole bedroht.

Daß die Festungsgefangenen das Interpersonal oft groß leidigen und einen erbitterten Kampf gegen das gesamte Anstaltspersonal führen, ist unabweisbar. Tatsache ist, daß man menschlich denkende Ausländer von der Festung wegschickt und nur ganz „brauchbare“ verwendet. Daß tätliche Angriffe auf Beamte erfolgen, ist aus der Luft gegriffen. Tatsache ist, daß Oberaufseher Schneider einem Festungsgefangenen Drohungen androhte. Im übrigen stelle man sich unter den in der

Stresemann und Lloyd George.

„New York Herald“ veröffentlichte am 18. Juli einige intime Vorgänge aus der Zeit der letzten großen Krise, kurz vor der Annahme des Ultimatums. Diese Akten sind für die innere und äußere Politik Deutschlands so wichtig, daß sie es verdienen, in allen Kreisen bekannt zu werden.

Der auswärtigen Politik der Regierung Stresemann hatte fast ein ganzes Jahr der Stern der Deutschen Volkspartei geleuchtet. Er war ein Bruch, der zum Bruch in London und zur Katastrophe führte. Es bedurfte keines Mißtrauensvotums des Reichstages, um das Kabinett zum Rücktritt zu zwingen. Es starb an seiner eigenen Unsicherheit und an den nationalisistischen Phrasen der „Täglichen Rundschau“ und des „Total-Anzeigers“. Inzwischen wartete Frankreich auf den Marschbefehl zur Befreiung des Ruhrgebietes, und wie es Oberschlesien ergangen wäre, zeigt der soeben mißlungene Ausstand Korsantus. In jener Stunde der Verzweiflung waren es die heutigen Koalitionsparteien, die durch die Annahme des Ultimatums die Lage retteten und heute sind sie es, die die Suppe auslöffeln, die von den Alldeutschen eingebracht worden ist. Und dennoch vergeht keine Verammlung der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei, ohne die üblichen Schimpferelen über die „Vaterlandsverräter“, die die Geschäfte Briand und Lloyd Georges besorgen.

Jene, die heute so tapfer schmähen, haben die fünf deutsch-volksparteilichen Abgeordneten vergessen, die ebenfalls für das Ultimatum gestimmt haben. Sie haben auch vergessen, daß sogar ihr großer Bruder Stresemann beinahe dasselbe getan hätte, um sich an die Stelle zu schwingen, die jetzt Birtz innehat. Wenn heute Stresemann und seine Mannen in der Opposition stehen, verdanken sie es nicht ihrer Ueberzeugung und dem Heldentum gegenüber der Entente, sondern der Post, die ja in diesen Zeiten mehr als einmal einen Tag zu spät eintrifft.

Ueber diese Tatsache berichtet uns zweifellos das amerikanische Blatt. Eine Indiskretion ermöglicht dem „New York Herald“, den Briefwechsel zu veröffentlichen, der kurz vor der Annahme des Ultimatums zwischen Stresemann und Lloyd George gepflogen wurde. Zunächst hatte der Führer der Deutschen Volkspartei den Berliner Vertretern der Entente mitgeteilt, daß er gewillt sei, ein Kabinett zu bilden und das Ultimatum anzunehmen, wenn die Alliierten für die dem deutschen Volk dadurch aufzuerlegenden Opfer zu Gegenleistungen bereit seien. In seiner Antwort an den italienischen Botschafter lehnte es Graf Sforza ab, auf Stresemanns Bedingungen einzugehen, die sich auf die Sanktionen im Rheinland und auf Oberschlesien bezogen hätten. Hingegen machte Lord D'Abernon alle Anstrengungen, die volksparteilichen Forderungen bei Lloyd George durchzusetzen.

Die englische Stellungnahme ist dann in einem schriftlichen Memorandum durch den englischen Premierminister

erfolgt. Darin heißt es u. a.: daß das in dem Ultimatum ausgedrückte Recht der Alliierten auf Anforderung von Material und Arbeitskraft, „um irgend eine der alliierten Mächte in den Stand zu setzen, den Wiederaufbau oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens zu fördern“, nicht Fabrikate bedeuten solle, die bereits in Deutschland hergestellt worden seien, sondern nur das Recht, an Deutschland Aufträge für die Herstellung und Ablieferung zu geben, deren Gegenwert Deutschland gutgeschrieben werden solle. Weiterhin erklärte die englische Regierung, es sei nicht ihre Absicht, beim Zollzuschlag auf deutsche Waren den Satz von 25 Proz. irgendwie zu überschreiten, und daß sie eine weitergehende Befehlgebung zurücknehmen würde.

Es folgt nun dieses Frage- und Antwortspiel:
Frage 2: Wird die Annahme des Ultimatums die Aufhebung der Sanktionen, die im vorigen März nach der Londoner Konferenz eingeführt wurden, nach sich ziehen?

Antwort: Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Befreiung Düsseldorf, Duisburg und Ruhrorts und die Errichtung einer rheinischen Zollgrenze enthalten, sollen nach der Meinung der Regierung S. M. im Falle einer Annahme des Ultimatums aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der Regierung S. M. wird der französischen Regierung mitgeteilt.

Frage 3: Kann die Regierung Seiner Majestät eine Versicherung geben, daß sie keine Lösung der ober-schlesischen Frage zulassen wird, die anders ist als jene, die sich auf den bereits von den britischen Vertretern der Plebiszitkommission zusammengestellten Bericht begründet?

Antwort: Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der Regierung S. M. verlassen, die wichtigen deutschen Interessen, die hier bestehen, zu berücksichtigen, und obgleich es nicht ohne vorherige Besprechungen mit den Alliierten Großbritanniens möglich ist, die Versicherung in dem verlangten Sinn zu geben, so mag die deutsche Regierung die Versicherung geben, daß die Regierung S. M. zugunsten einer gerechten Lösung auf Grund einer strengen und partiellen Ausführung des Versailler Vertrages einen Druck ausüben wird.

Die Antwort von Lloyd George ist zu spät gekommen. Als sie eintraf, war die Entscheidung bereits gefallen. Die Deutsche Volkspartei hatte sich gegen das Ultimatum entschieden. Daß sie jedoch nach den englischen Zusicherungen bereit gewesen wäre, anzunehmen und die Regierung zu bilden, daran ist wohl kaum zu zweifeln. Inzwischen sind die englischen Rheinbölle von 50 Proz. auf 25 Proz. herabgesetzt worden, die ober-schlesische Frage ist noch nicht entschieden, und die Stellung Englands zu den Sanktionen beweist, daß der englische Standpunkt dem französischen widerspricht und auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Auf alle Fälle: eine Partei, die unter gewissen Voraussetzungen das Ultimatum annehmen wollte, hat niemals das Recht, eine Regierung anzugreifen, die das Ultimatum annahm, weil sie als Folge der Ablehnung eine katastrophale Verschlechterung der Lage Deutschlands richtig voraussah.

Festung Niederschönenfeld herrschenden Zuständen einen tätlichen Angriff auf einen Beamten vor, er läme sicher nicht mehr aus dem Gefängnis heraus. Die Festungsgefangenen in Niederschönenfeld führen einen Kampf um ihr Recht: den geschmackvollen Strauß, die Wahrung des Charakters der Festung, nicht etwa gegen das Personal der Festung, sondern gegen den Vorstand, das Justizministerium und Aufsichtsbehörden, die es billigen, daß an den Festungsgefangenen eine ganz ungeschickliche Haft vollstreckt wird.

Als der erste Artikel im „Vorwärts“ erschien, der sich mit den Mißständen auf Niederschönenfeld beschäftigte, tobte Staatsanwalt Krauß im Rapportzimmer und drohte den Befangenen sofort verhörrte Maßnahmen mit dem Bemerkten an: „Glauben Sie ja nicht, daß ich mich dadurch einschüchtern lasse!“

Die hier geschilderten Fälle umfassen, wie gesagt, nur einen Bruchteil des uns zur Verfügung stehenden Materials. Zum Schluß eine Frage an den Staatsanwalt: Wo kommt es, daß der Festungsgefangene Graf Arco ausführt, Besuche erhält, so oft es ihm beliebt, und sich in jeder Hinsicht frei betätigen kann? Sollte dies etwa darauf zurückzuführen sein — daß er nur der Mörder von Eisner ist?

Der Abbau des Hasses.

In Brüssel tagen gegenwärtig ein internationaler Kinder-Kongress und eine internationale Seerechtskonferenz; von beiden sind die ehemaligen Mittelmächte ausgeschlossen.

Auch gut, so sparen wir Saluto, brauchen uns um die Ergebnisse nicht zu kümmern und für die Berichte nicht Papier und Druck aufzuwenden. Was sollten auch auf diesen Kongressen die Vertreter von Völkern, deren Kinder man systematisch ausgehungert und denen man die Schiffe genommen hat?

Saardensche und „Voches“.

Folgende Verfügung des einstigen französischen Militäröberbefehlshabers im Saargebiet, General Andauer, vom 10. Mai 1919 wird durch Zufall erst jetzt bekannt:

„Seit der Veröffentlichung der Friedensbedingungen werden die Bewohner des Saargebietes nicht mehr als Feinde betrachtet. Infolgedessen erstreckt sich:

1. Die Bezeichnung „Voches“ nur auf die Preußen und die Deutschen, die außerhalb des Saargebietes wohnen.
2. Das Verhalten des Militärs auf den Straßen muß korrekt bleiben und ausüben, anspruchsvoll zu sein.
3. Die Weiden in der Umgebung der Garnisonen dürfen nicht mehr im Wege der Requisition benutzt werden.
4. Das für Offiziere bestehende Verbot, an Essen bei den Einwohnern teilzunehmen oder Besuche zu machen, wird aufgehoben. Andauer.“

Das Völkerecht wird hier um die neuen Begriffe der Entschädigung und — wenn besetzte Gebiete etwa wieder zurückfallen — der Wiedereinbohung bereichert.

Aufstellung der Mandatsfrage.

Washington, 19. Juli. („New York Herald.“) Die Alliierten haben das Recht der Vereinigten Staaten auf Mitbestimmung in der Frage der Mandate anerkannt. Es sollen Verhandlungen über die Mandatsfrage mit den Vereinigten Staaten aufgenommen werden. Bekanntlich bedeutet das unter anderem die Wiederaufstellung der Fragen des englischen Mandats über Mesopotamien und des japanischen Mandats über Pap.

Amerikareise Kochs.

Paris, 19. Juli. (T.M.). Die Botschaft der Vereinigten Staaten hat namens der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß diese die auf Einladung der „Amerikanischen Legion“ (Natio-

nalistischer Arbeiterkammerbund. Red.) erfolgende Reise Kochs mit herzlichster Freude begrüße. Wenn die Amerikareise des Marschalls auch keinen offiziellen Charakter trägt, so wird sich die Washingtoner Regierung es doch nicht nehmen lassen, den Marschall in offizieller Form zu ehren und ihn aufzunehmen, wie es seinem hohen Range und der historischen Rolle, die er als Generalissimus der verbündeten Heere gespielt hat, entspricht.

Vor Neuwahlen in England.

Der englische Abg. Kenworthy berichtete in einer Rede, daß Lloyd George beschlossen habe, die Neuwahlen im Oktober oder November vorzunehmen zu lassen, und er fügte hinzu, daß Lloyd George das Land aufzufordern werde, ihm alle Vollmachten vor seiner Reise nach Washington zu erteilen, wo er die orientalischen Angelegenheiten regeln wolle, nachdem er in belagerten Weise bei der Regelung der westlichen Angelegenheiten gescheitert sei. Arthur Henderson erklärte in einer Arbeiterversammlung zu Dorington, daß man sich rechtzeitig zu den Neuwahlen, die in nächster Zeit zu erwarten seien, vorbereiten müsse.

„Daily Herald“ teilt mit, daß die Labour Party einen großen Wahlsieg von Nordschottland bis Westengland vorbereite. Achtundzwanzig Generaterversammlungen seien in Aussicht genommen, die sich mit den Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen haben werden. Alle Fraktionäre, Kandidaten und Sekretäre werden an den Versammlungen teilnehmen. Man hoffe auch auf Teilnahme der Gewerkschaftsverbände, der lokalen Arbeiterorganisationen und der großen gewerkschaftlichen Vereinigungen. In der Frage der Neuwahlen werde man den Weg, der auf der Jahresagung der Labour Party in Brighton vorgezeichnet wurde, konsequent weiter verfolgen: Ablehnung eines Bündnisses mit irgend einer bürgerlichen Partei. Der Feldzug werde am Sonnabend mit Versammlungen in Durham und Yorkshire eingeleitet.

Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party, hat eine Konferenz der Trade Unions für den 28. Juli einberufen, um im Einklang mit den ländlichen Gewerkschaften das Agrarprogramm der Partei auszuarbeiten.

Schlussführung des Frauenkongresses.

Der Internationale Frauenkongress in Wien hat am Schluß eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit möge alles versuchen, die militärische Verwendung Eingeborener fremder Länder unmöglich zu machen. Weiter wird Aufhebung der Sanktionen und Revision der Friedensverträge verlangt. Der Internationale Frauenliga wird empfohlen, die Sektionen aller auf der Konferenz vertretenen Länder aufzufordern, bei ihren Regierungen darauf zu bringen, daß der Konferenz für die allgemeine Abrüstung gearbeitet werde. Die Woche vor der Konferenz solle als internationale Abrüstungswoche erklärt werden. In einer Rundgebung spricht sich die Liga für Heimleitung der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen und zugunsten der Freilassung der wegen ihrer politischen Gesinnung und wegen Kriegsdienstverweigerung noch in Haft befindlichen Personen. In das Internationale Exekutivkomitee wurden u. a. gewählt: Heymann und Baer für Deutschland, Herzta-Oesterreich, Marshall-England, Souhaug-Frankreich, Dujardin-Belgien.

Im Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms, der gestern hier veröffentlicht wurde, muß es in der ersten Spalte unter „Wirtschaftspolitische Forderungen“ natürlich richtig heißen: „Aufschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes“.

Gewerkschaftsbewegung

Eine lehrreiche Knappschafswahl.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Das Gesamtergebnis der Knappschafswahlen im Ruhrgebiet ist im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt worden. Nun bringt die „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Zusammenstellung der einzelnen Wahlergebnisse in den 532 Sprengeln, die gewerkschafts- wie parteipolitisch außerordentlich lehrreich ist. Durch die Einteilung des ganzen rheinisch-westfälischen Bergbaubereiches in 532 Wahlbezirke ist es möglich geworden, die lokale Stärke der miteinander wetteifernden Organisationseinrichtungen festzustellen, und man erkennt auch deutlich, welchen Einfluss die Moskowskischen Gewerkschaftszentren auf die Wahlresultate hatten. Nur durch das Auftreten der Moskauer erhielt der unter Zentrumseinfluss stehende Christliche Gewerksverein in 34 Sprengeln die ausreichende relative Mehrheit. Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband hätte auf ungefähr 370 Mandate rechnen können, während auf den Gewerksverein nur ungefähr 100 entfallen wären, wenn diese Moskowskische Zerpfitterung der Revolution überlassen wäre. Und das nennt man in Moskau die Revolutionierung des Proletariats. In unserem Dortmunder Bezirk mit seiner altgegründeten sozialistischen Bewegung haben sowohl die Moskauer als auch die Christlichen nicht ein einziges Mandat erhalten. Nur dort, wo die Zentrumspartei bei den Reichs- und Landtagswahlen teilweise die absolute, zum mindesten aber in einzelnen Kreisen die relative Stimmenmehrheit erhielt, verzeichnete auch der Christliche Gewerksverein bei den Knappschafswahlen einen erheblichen Anhang. Die Identität der Gewerksvereinsanhänger und der Zentrumseule ist also unverkennbar. Die Polen haben selbstverständlich nur in den von ihnen stark bewohnten Orten der Bezirke Wanne, Herne, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Bottrop usw. Mandate erhalten, d. h. überall dort, wo bereits vor dem Kriege die polnisch nationalistische Propaganda Erfolge zu verzeichnen hatte. Geradezu frappant ist die örtliche Verteilung der Moskowskischen Anhänger, d. h. der Unionisten. In zahlreichen Sprengeln mit stark fremdländischer, namentlich polnischer Arbeiterbevölkerung zeichnete sich nicht etwa die polnische Organisation durch namhafte Stimmengruppen aus, sondern sie bekam hier gar keine Stimmen mehr. Die kommunistischen Unionisten sind die Erben. In den mit slavischen Bergleuten stark durchsetzten großen Bezirken Oberhausen, Hamborn bekommen die Polen nur ein einziges Mandat, die Unionisten und Sozialisten dagegen 19, der Moskowskische Gewerksverein 8 und der Bergarbeiterverband 26. Ein Seitenstück dazu ist das Ergebnis in der „Littstadt Gelsenkirchen. In dieser vorwiegend katholischen Stadt, am Sitz der „Union“, erhielt der Moskowskische Gewerksverein zwar alle 6 Mandate, aber bezüglich der Stimmengruppen stehen die Kommunisten an zweiter Stelle. Es gibt in keinem Teile des Ruhrkohlengebietes so zahlreiche Sprengel mit namhaften kommunistischen Stimmengruppen wie in den Bezirken Gelsenkirchen, Buer, Hordt-Emscher, Gladbach, überhaupt in den Bergarbeitervierteln, die nach dem schwarzen Münsterlande hin liegen. Jeder Einwohnere weiß, daß in diesem Münsterlande Zentrum Trumpf ist. Moskowskische und Kommunisten verfügen in diesen Orten, die vielfach als Stützpunkte der „Roten Armee“ in dem Bürgerkrieg nach dem Kapp-Putsch bekannt geworden sind, über die absolute Mehrheit. Diese Tatsache fällt um so mehr auf, wenn man daneben aus der Wahlstatistik ersieht, daß beispielsweise in den nichtkatholischen Sprengeln unseres Vorkriegsbezirks Dortmund-Börde meist nur wenige kommunistische Stimmen abgegeben worden sind. In den Moskowskischen Bezirken des Kreises Hamm ändert sich das Bild wieder sofort zugunsten der Kommunisten. Der Moskowskische Gewerksverein tritt hier als Zentrumspartei in Erscheinung, die Wahlstatistik bestätigt denn auch die schon oft gemachte Erfahrung, daß die kommunistische Propaganda besonders in den Orten am erfolgreichsten war, in denen früher die wirtschaftsrechtlichen „Selben“ zu Hause waren. Das trifft besonders auf gewisse Gruben in den Bezirken Hamm, Gelsenkirchen, Oberhausen und Hamborn zu. Man kann so gut wie sicher sein, daß in den Sprengeln, in denen die Unionisten bei der letzten Wahl Mandate oder doch namhafte Stimmengruppen erhielten, die gelben Wertvereine noch während des Krieges eine große Rolle spielten. Sie sind nun durch die unionistischen oder landwirtschaftlichen Schachtoorganisationen abgelöst worden, und diese bedienten sich derselben ideologischen Kampfmethode gegenüber ihrem Hauptfeind, den freien Gewerkschaften, wie die „Selben“. Im Wahlkampf haben die Moskowskischen ausschließlich gegen den Bergarbeiterverband eine wütende Agitation entfaltet. Die Christen und Polen dagegen wurden auffallend schonend behandelt. Bei den früheren Wahlen verhielten sich die „Selben“ genau so wie es heute die Moskauer tun. Die Moskauer sind eben die direkten Nachfolger der „Selben“. Der kommunistische Phrasenschwall übertrug auf dieser Tatsache nichts. Im übrigen beweist der gegen Moskowskische, Kommunisten, Sozialisten usw. erregene durchschlagende Wahlsieg des Bergarbeiterverbandes, daß er seine führende Stellung in der Knappschafsbewegung behauptet hat. Den 191 Moskowskischen, sozialistischen und landwirtschaftlichen Mandatnehmern (Kleinsten) stellt der Bergarbeiterverband allein 338 gegenüber.

Das Nachtarbeitverbot in Gefahr!

Seit der Forderung der Getreidezwangsbewirtschaftung durch die Freigabe eines Teiles der Ernte im freien Handel, sowie die Aufhebung der Verordnungen über die Bereitung von Brot und Kuchen zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß nunmehr die Unternehmer die Zeit für gekommen erachten, sich der lästigen Fesseln über das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit zu entledigen.

Nach der Verordnung vom 23. November 1918 darf die Arbeit zur Herstellung von Brot- und Backwaren morgens erst um 6 Uhr aufgenommen werden. An den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen darf nur eine Stunde nach 6 Uhr abends Vorarbeit für die Wiederaufnahme der Arbeit an dem folgenden Tag verrichtet werden. Diese Bestimmungen werden jetzt schon, und besonders in den Kleinbetrieben, wo die Kontrolle außerordentlich erschwert ist, vielfach durchbrochen. Mit dem Beginn der Arbeit wird hier um einige Stunden früher angefangen. Leider hat die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren nicht die Möglichkeit, die Kontrolle so zu verschärfen, daß alle Gesetzesverstöße dem Streikrichter zugeführt werden können. Mit Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterchaft wird es jedoch möglich sein, dieses Ziel zu erreichen.

Metallarbeiter!

Ihr steht am Sonntag und Montag vor der Wahl:

- Für Amsterdam!
- Für gewerkschaftlichen Klassenkampf!
- Für Einigkeit und Solidarität der Arbeiterchaft!
- Gegen Moskau!
- Gegen verbrecherische Putschpolitik!
- Gegen die Verleumdung der Gewerkschaftsbewegung!

Metallarbeiter! Wählt und arbeitet für die Liste A.

Wie in allen Fällen bei Ueberwachungen der Arbeiterschuhbestimmungen, so verlagern auch hier die Aufsichtsorgane vollstän dig. Die nach der Verordnung eingesetzten behördlichen Organe kümmern sich überhaupt nicht um die Durchführung der Bestimmungen. In einigen Städten ist es vorgekommen, daß selbst die Polizeibehörden von dem Bestehen dieses Gesetzes nichts wissen. Auf Anzeigen durch die Gewerkschaften lehnte es sehr oft die Staatsanwaltschaft ab, gegen die Gesetzesverbreiter einzuschreiten. Dort, wo aber den Anzeigen stattgegeben wurde, folgten lächerlich niedrige Geldstrafen, die statt Abschreckung noch einen Anreiz zur Durchbrechung der Verordnung geben. Die organisierte Arbeiterchaft als Hauptkonsument von Brot- und Backwaren kann dem Verstand der Bäcker und Konditoren bei seiner schweren Aufgabe zur Durchführung der Arbeiterschuhbestimmungen gute Dienste leisten, indem auch sie darauf achtet, daß in keiner Bäckerei und Konditorei die Arbeit vor morgens 6 Uhr begonnen wird und an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen in den Bäckereien und Konditoreien nicht gearbeitet werden darf.

Der Streik der Volontärärzte vermag.

Im Hofsaal der Universitäts-Frauenklinik in der Charité fand am gestrigen Dienstag mittag in Gegenwart der Vertreter der verschiedenen ärztlichen Organisationen eine Hofversammlung der Volontärärzten an der Universitätsklinik und an der Charité statt, die sich mit der Frage der Arbeitsniederlegung dieser Kategorie beschäftigte. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die leitenden Ärzte der Berliner staatlichen Kliniken bereit seien, die Volontärärzten in ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitsniederlegung zu unterstützen. Am Besse einer Arbeitsniederlegung würden die Oberärzte es ablehnen, Streikarbeit zu leisten oder mit Streikbrechern zu arbeiten. Lediglich die notwendigen ärztlichen Maßnahmen, Operationen und dergleichen würden ausgeführt werden. Bevor es zu einer Beschlussfassung über die Frage der Arbeitsniederlegung kam, traf ein Schreiben des Kultusministeriums ein, in dem dieses sein bisheriges Schweigen auf den am 11. Juli unternommenen Vermittlungsschritt damit begründete, daß der für diese Angelegenheit zuständige Referent sich auf Urlaub befände, während die übrigen Beamten des Ministeriums durch anderweitige Arbeiten überlastet seien. Gleichzeitig enthielt das Schreiben eine Einladung an die Vertreter der Volontärärzten und der ärztlichen Organisationen, sich am morgigen Donnerstag im Kultusministerium zu einer Besprechung einzufinden. Die Versammlung nahm von diesem in letzter Stunde eingetroffenen „Entschuldigungsbrief“ des Kultusministers Kenntnis und beschloß, den Streik um 48 Stunden, nämlich bis zur Beendigung der vorerwähnten Besprechung im Ministerium, zu verlagern. Sollten die morgigen Verhandlungen für die Volontärärzte kein annehmbares Ergebnis zeitigen, so tritt die Arbeitsniederlegung am Donnerstag mittag automatisch ein.

Die Studentenschaft der Berliner Universität hat in einer Versammlung eine Sympathieerklärung für die um ihre Existenz ringenden Volontärärzten abgegeben, desgleichen die Krankenschwestern und die Patienten der staatlichen Berliner Kliniken.

„Liebenswürdige“ Arbeitgeber.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler versendet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Wie unseren Mitgliedern bekannt geworden sein wird, hat der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes aufgehört, als selbständige Gewerkschaft zu bestehen und ist in den Zentralverband der Angestellten aufgegangen. Wie vor- auszugehen war, hat eine große Anzahl von Angestellten des Berliner Buchhandels diesen Uebertritt ins radikale Lager nicht mitgemacht und ist aus dem Angestelltenverband ausgeschieden. Es zeigt sich hier und da nunmehr eine Unruhe unter den Angestellten, hervorgegangen durch die Befürchtung, daß sie als Nichtorganisierte des Genusses der tariflichen Entlohnung verlustig gehen würden. Diese Befürchtung ist ungerechtfertigt, da, wie allen unseren Mitgliedern bekannt sein wird, ein Verbandsbeschluss vorliegt, daß in den unserem Verband angehörenden Firmen der Tarifvertrag einschließlich seiner Gehaltsbedingungen auch auf diejenigen Angestellten Anwendung finden soll, die nicht organisiert sind oder doch zu keinem der am Tarifverträge beteiligten Angestelltenverbände gehören.“

Wir bitten unsere Mitglieder, ihre Angestelltenchaft entsprechend aufzuklären.

Die Angestelltenchaft des Buchhandels kann aus diesem Rundschreiben ersehen, wie die Arbeitgeber sich vor der freigewerkschaftlichen Einheitsfront der Buchhandelsange- stellten fürchten und daß sie alles versuchen, um die Kollegen- schaft von dem Uebertritt in den Zentralverband zurückzuhalten. Die Angestellten des Buchhandels stehen vor neuen Tarifkämpfen, da muß ihre Parole lauten: Nun erst recht einmütig hin- ein in den Zentralverband der Angestellten.

Zur Aussperrung in der Zigaretten-Industrie.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird uns folgendes mitgeteilt: Eine Reihe von Berliner Zigarettenfabriken versuchen jetzt in der Provinz Zigaretten anfertigen zu lassen. Zu diesem Zwecke wollen dieselben aus ihren Betrieben Tabak teils in Originalballen, teils bereits geschnitten in die Provinz hinausführen. Wir brauchen wohl unsere Mitglieder nicht erst besonders darauf aufmerksam zu machen, daß eine derartige Arbeit als Streikarbeit anzu- sehen und daher zu verweigern ist. Ueberhaupt ist jede Arbeit, welche bisher von Aussperrten geleistet wurde, von den noch in den Betrieben befindlichen Kollegen abzulehnen.

Ueber den Stand der Bewegung wird in einer Versammlung der Transportarbeiter am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3½ Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25, berichtet werden. Sowohl die Aussperrten als die noch arbeitenden Transportarbeiter haben die Pflicht zu erscheinen.

Die Lohnfeste im Saargebiet. Um dem geplanten Lohnabbau im Saargebiet entgegenzuwirken, proklamierte der efflässische Metallarbeiterverband für alle ihm angehörenden Arbeiter die passive Resistenz. Daraus liegen zahlreiche bedeutende Eisenwerke ihre Betriebe still und sperrten die Arbeiterchaft aus.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angehörigen. Donnerstag, den 21. d. M., vorm. 10 Uhr im Rosenkranz Hof, Volentholer Straße 11/12, Mitgliederversammlung der Standes- u. Gastwirtschaften. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Betriebsentwicklung. 3. Beschäftigung. 4. Mitgliederbeitrag. 5. Beschlüsse. 6. Sonstiges. 7. Tagesordnung. 8. Die Antwort der Angehörigen auf unsere eingereichten Forderungen. 9. Dis- kussion. Es ist Pflicht, daß der letzte Mann zu dieser wichtigen Versammlung erscheint, da es sich um eine wichtige Entscheidung handelt. Mitglieder über- geben bitte ihre Mitgliedschafts- und am Eintrag vorzutragen, ohne dieselben frei- zustellen. — Beschlüsse. (Eisenhandel, Maschinenbau, Maschinenhandel.) Don- nerstag, den 21. Juli, abends 6 Uhr auf dem 2. Hof des Gewerkschaftshauses Volksversammlung: Entscheidung über Streik oder Arbeit. Deutscher Holzarbeiterverband. Arbeiter- und Wagenbau. Mittwoch 21. Juli, 8½ Uhr, Volksversammlung, Minsterstr. 24/25, Besprechung aller Ver- treter der Holz- und Holzindustrie. Stellungnahme zum Lohn- und zum Lohnabbau. Deutscher Metallarbeiter-Verband! Versammlung aller in Gelsenkirchen und Dortmund befindlichen Metallarbeiter Donnerstag 6 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

Parlament für den redakt. Teil Dr. Werner Keller, Charlottenburg, für den redakt. Teil: Marie, Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. Ende str. 2. Hierin 1 Blatt.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene milienanfach bewährte
Kukiroi
Schachtel M. 3.-. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

HERMANN
TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Billige
Glas-, Porzellan- u.
Wirtschaftsartikel

Nur Leipziger Strasse,
Mittwoch, 20. Juli, Donner-
tag, 21. Juli, finden praktische
Vorführungen im Ausstel-
lungsraum im 4. Stock statt:

Wie wecke ich
am billigsten
am schnellsten
am besten
ein?

Emaille		Aluminium		Wirtschaftsartikel		
Schmortöpfe <small>blau inn. weiss</small> 11 ⁵⁰ 14 ⁰⁰ 17 ⁰⁰	Brühsiebe Stück..... 3 ²⁵ 3 ⁷⁵	Schmortöpfe <small>mit Deckel von 16⁰⁰ bis 29⁷⁵</small>	Brotschneidemaschinen <small>Rund- 34⁵⁰</small>	Brotkörbe <small>fein lackiert..... 9⁷⁵</small>		
Kasserollen..... 6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 8 ⁵⁰	Waschschüsseln <small>mit Seifnapf... 7⁵⁰</small>	Kasserollen <small>mit Holzgrill, Satz 3 Stück..... 60⁵⁰</small>	Fleischmaschinen <small>mit 4 versch. 29⁵⁰</small>	Leitungsschoner <small>fein lackiert. 17⁰⁰</small>		
Kaffeekannen..... 7 ²⁵ 8 ⁷⁵ 10 ⁵⁰	Kaffeeflaschen <small>1 Ltr. 3²⁵ 1½ Ltr. 4⁰⁰</small>	Wasserkessel..... 42 ⁵⁰	Gasplätten <small>vernickelt, m. 2 Platten und 1 Erhitzer..... 65⁰⁰</small>	Tablets <small>in Eschen- und Buchenholz 6⁰⁰</small>		
Stiepfannen..... 4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Eimer <small>grün, ca. 28 cm..... 12⁵⁰ 19⁵⁰</small>	Schüsseln..... 13 ⁵⁰	Wandkaffeemühlen..... 48 ⁵⁰	Kohlhobel..... 14 ⁵⁰		
Durchschläge..... 4 ⁷⁵ 5 ⁵⁰	Wannen <small>ca. 35 cm..... 35⁰⁰</small>	Trinkbedier..... 1 ⁵⁰	Holzkafeemühlen..... 24 ⁵⁰	Waschbretter <small>mit Zinkeinlage.. 5⁷⁵</small>		
Waschtische 65 ⁰⁰ <small>mit 2 Zwischenböden und 2 Handtuchhaken und Aufsatz.....</small>		Zinkwannen 65 ⁰⁰ 90 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ <small>mit Holzboden, in guter Ausführung.....</small>		Gazeglocken 3 ²⁵ 8 ⁷⁵ <small>rund und oval von 3 bis 8</small>	Karbidlampen 7 ⁵⁰ <small>für Garten-, Lauben- und Balkonbeleuchtung, lackiert, mit Glocke...</small>	
Stahlwaren		Steingut		Porzellan		
Esslöffel <small>Aluminium... 65 Pl. 85 Pl.</small>	Waschbecken..... 8 ⁷⁵ 14 ⁷⁵ 18 ⁷⁵	Teller <small>1½ oder 2½..... 3⁷⁵</small>		Nickelwaren		Bürstenwaren
Kaffeelöffel <small>Aluminium 35 Pl. 45 Pl.</small>	Terrinen <small>Steingut..... 7⁵⁰ 8⁷⁵</small>	Tassen <small>weiss... 1⁷⁵ 1⁹⁵ bunt, gold 3⁹⁵</small>				
Vorleger <small>Aluminium..... 5⁷⁵</small>	Kartoffelschüsseln <small>Steingut.. 6⁷⁵</small>	Kompotteller <small>gepresst, weiss, Glas..... 75 Pl.</small>		Gebäckkasten <small>m. Nideldedekel 26⁵⁰</small>	Nickelkörbe <small>Majolika, oval und rund 13⁵⁰ 16⁵⁰</small>	Stubenbesen <small>schwarz..... 12⁵⁰</small>
Essmesser <small>Aluminium..... 4⁵⁰</small>	Teller <small>Steingut, 1½ oder 2½..... 1⁷⁵</small>	Bierbedier <small>Flora, weiss, Glas..... 2⁰⁵</small>		Butterdosen <small>mit Glasdeckel u. Nideldedekel 18⁵⁰</small>	Teedosen <small>Glas, mit Nideldedekel 15⁰⁰</small>	Stubenhandfeger <small>schwarz... 7²⁵</small>
Dessermesser <small>Aluminium..... 4⁰⁰</small>				Untersätze <small>mit Majolikaeinlage... 9⁵⁰</small>	Schneurbürsten..... 2 ²⁵	Rohrklopfer <small>dreistufig..... 3⁷⁵</small>